

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung
Heft 17

10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder

Mit Beiträgen von

Yves Bizeul
Dieter Oberndörfer
Jakob Rösel
Bernd Schuster
Nikolaus Werz
Dieter Schröder

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2002

HERAUSGEBER: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Arne Lehmann

CIP-KURZTITELAUFNahme: Bizeul, Yves u.a.:
10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder / von Yves Bizeul u.a. – Rostock: Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 2002 – 78 S. – (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 17)

ISSN

©

Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock.
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

Universität Rostock
Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften
18051 Rostock

Tel. (0381) 498 44 44 Fax (0381) 498 44 45

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltung zum 10-jährigen Jubiläum des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften

Yves Bizeul

Begrüßung und Einführung	5
---------------------------------------	---

Dieter Oberndörfer

Erinnerungen an die Gründung	10
---	----

Jakob Rösel

Politikwissenschaft und politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern	29
---	----

Bernd Schuster

Entwicklungen in der Wirtschaftsstruktur Mecklenburg-Vorpommerns	33
---	----

Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder

Nikolaus Werz

Dieter Schröder: Politikwissenschaft und politische Praxis	40
---	----

Dieter Schröder

Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern	49
--	----

Anhang

Magisterabsolventen, fertige Magisterarbeiten und weitere Abschlussarbeiten	65
--	----

Mitarbeiter am Institut	69
--------------------------------------	----

Bilder vom Festakt	75
---------------------------------	----

Die Autoren	77
--------------------------	----

Veranstaltung zum 10-jährigen Jubiläum des Instituts
für Politik- und Verwaltungswissenschaften

Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Yves Bizeul

Magnifizienz, Spectabilis, liebe Kollegen, liebe Studierenden, meine sehr verehrten Damen und Herren,

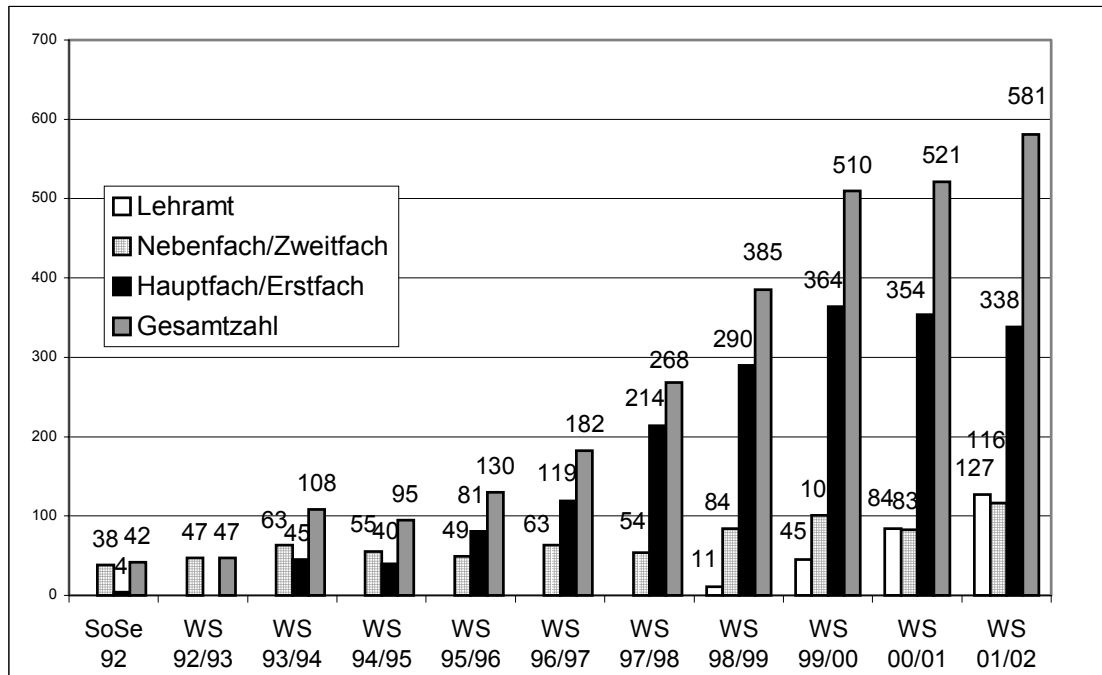
zur Feier anlässlich des 10-jährigen Jubiläums unseres Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften begrüße ich sie als Institutssprecher ganz herzlich. Das Institut wurde am 13. Februar 1992 durch Beschluss der Gründungskommission der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und des Akademischen Senats an der Universität Rostock offiziell gegründet. Zehn Jahre sind für solch eine Einrichtung wahrhaftig kein Alter. Aber es hat sich seit 1992 so viel getan, dass eine Feierstunde uns als sinnvoll erschien, um sowohl einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Instituts als auch einen analytischen und prospektiven Blick auf die Situation der Politikwissenschaft und der politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern (MV) zu werfen.

Mit großem Interesse habe ich in der Wochenschrift „Die Zeit“ vom 25. April 2002 den Artikel Klaus Harprechts zur Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg im Jahre 1952 und den derzeitig damit verbundenen Feierlichkeiten gelesen. Als Halbschwabe *iure sanguinis* durch meine Mutter und im Sinne der Willensgemeinschaft auch durch meine Frau fühlte ich mich bei der Lektüre dieses Aufsatzes gleich persönlich angesprochen. Ich sah aber auch sofort eine nicht nur zeitliche Nähe zwischen diesem Festakt und der heutigen 10-jährigen Jubiläumsfeier des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften, denn die einführenden Worte des Verfassers lauteten: „Unter den Talenten, die den Schwaben nachgesagt werden, ist dieses nicht das Geringste: die Kunst, sich selbst auf die Schulter zu klopfen.“ Zugegeben, das klingt wie eine an die Veranstalter derartiger Festakte gerichtete Kritik. Aber Harprecht fügt hinzu: „So Unrecht haben sie nicht. Mit sprichwörtlicher Tüchtigkeit wucherten sie die vereinten Musterländchen in die Position der bundesdeutschen Klassenersten, mit ihrem Fleiß, auch Mut zum Wandel (trotz der eher konservativen Gemütsart), fantasievoll, das eigene Licht selten unter den Scheffel stellend.“

Um ehrlich zu sein: Ich konnte der Versuchung nicht widerstehen, diese Äußerungen auf das Team unseres Institutes zu übertragen; und wie ich meine, mit guten Gründen. Denn sind wir mit unserem Institut nicht seit zehn Jahren ziemlich erfolgreich gewesen? Ist nicht in dieser relativ kurzen Zeit die Zahl unserer Studierenden exponentiell gestiegen, wie wir uns anhand der vorliegenden Folie überzeugen können: Von nur 42 im Sommersemester 1992 auf 581 im Wintersemester 2001/2002, das ist eine Steigerung um fast 1.400 Prozent in zehn Jahren.

Auch die Zahl der Absolventen ist schon heute hoch (Abb. 1). Sie wird in den nächsten Jahren noch steigen, und zwar wenn die großen Kohorten von Studierenden ihr Studium abgeschlossen haben werden.

Abb. 1: Studierende am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften seit Sommersemester 1992



(Magisterhauptfach, Magisternebenfach; BA/MA Erst- und Zweitfach; Lehramt Sozialwissenschaften)

Und wurde nicht das Rostocker Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften kürzlich von der Zeitschrift „Stern“ und dem Centrum für Hochschulentwicklung in einem Hochschulranking als eines der besten Institute dieser Art in der Bundesrepublik bezeichnet, vor allem was die Betreuung der Studierenden und das zügige Studieren anbelangt?

Freilich wissen wir alle, dass solche Rankings nur begrenzt aussagekräftig sind, zumal die Kriterien, die angewandt werden, nicht völlig durch- und einsichtig sind. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass diese Ergebnisse nicht aus der Luft gegriffen sind. Sie spiegeln vielmehr das große Engagement, die Motivation und die beachtlichen Leistungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts wieder – natürlich auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit 1992 aus unterschiedlichen Gründen das Institut verlassen haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle dafür allen ehemaligen und jetzigen sowohl wissenschaftlichen als auch nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts ganz herzlich danken. Bedankt fühlen sollen sich aber auch all diejenigen, die im Rahmen von Lehraufträgen wichtige, für die politische und berufliche Orientierung der Studierenden unverzichtbare Themen und Sachgebiete, die im Rahmen der regulären Lehrtätigkeit nicht ständig gelehrt oder angemessen vertieft werden können, angeboten haben. Ich möchte ebenso

auch einen Dank an die Studierenden des Institutes für ihr Engagement und Interesse richten. Vor allem danke ich allen Mitgliedern des Fachschaftsrats für ihre Aktivität und ihre Initiative. Ihre Zeitschrift „Politikum“ wird von uns gern gelesen und international zitiert. Herzlichen Dank auch an alle, die bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung in welcher Form auch immer mitgeholfen haben.

Im Bereich des Studiums und der Lehre sind die Früchte unserer Arbeit sichtbar geworden. Seit dem Wintersemester 1992/93 gibt es den Magisterstudiengang Politikwissenschaft als Nebenfach und seit dem Wintersemester 1993/94 auch als Hauptfach. Im Wintersemester 2001/2002 wurde am IPV ein integrierter BA-/MA-Studiengang eingeführt, der den Ausbildungsstandard und die Wissens- und Berufskompetenz der Studierenden in mehrfacher Hinsicht steigern wird. Außerdem bildet das Institut seit dem Wintersemester 1998/1999 auch Sozialkundeführer aus (Lehrgang „Sozialwissenschaften“). Darüber hinaus bietet das Institut zusätzliche Lehrdienstleistungen, normalerweise im Nebenfach, aber auch in acht weiteren Fächern.

Wir bemühen uns, bei der Lehre ein Grundwissen innerhalb von standardisierten Grundkursen zu vermitteln und den Studierenden zugleich auch Werkzeuge und Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens beizubringen. Um sie stärker in die prozess- und nicht nur resultatsorientierte Forschung einzubinden und sie mit Formen interdisziplinärer Forschung vertraut zu machen, bieten wir auch Forschungs- und Doktorandenkolloquien an. Außerdem wird den Studierenden ein breites Angebot an Studienexkursionen und an Vortragstätigkeiten von Politikern und bekannten Wissenschaftlern angeboten. Um den Studierenden den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern, wird darauf Wert gelegt, Sozialkompetenzen zu vermitteln. Wir haben auch schon Veranstaltungen zu den beruflichen Möglichkeiten nach dem Studium der Politikwissenschaft – auch mit Hilfe von schon in Lohn und Brot stehenden Absolventen – angeboten.

Das Institut hat sich stets auch um das gute Funktionieren der Fachbibliothek gekümmert, und dies nicht nur durch die Bestellung von Fachzeitschriften und Büchern, sondern auch – damals noch am Vogelsang – durch Anregungen zur Vergrößerung und Sanierung der Räume. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts haben zudem bei den Parteienstiftungen, bei Universitätsbibliotheken der alten Länder und durch Nachlässe bei Akademikern zahlreiche wichtige Bücher für die Bibliothek eingeworben. Unser Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek des Instituts für die sehr gute Zusammenarbeit.

Aber auch was die Forschung anbelangt, hat das Institutsteam seit zehn Jahren Wichtiges geleistet. Davon zeugen nicht nur die zahlreichen Monographien und Sammelbände sowie die

Veröffentlichungen im Rahmen der Institutsreihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“, sondern auch eine Fülle von Aufsätzen in nationalen und internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften und von Artikeln in Zeitungen wie auch eine sehr rege Beteiligung der wissenschaftlichen Mitglieder des Instituts an wissenschaftlichen Tagungen, Podiumsdiskussionen usw.¹ Die verschiedenen Forschungsaktivitäten der Institutsmitglieder werden alljährlich in einem Bericht erfasst, der in gedruckter Form für Interessierte zur Verfügung steht.

Das Institut hat sich in seiner kurzen Geschichte in der Forschung auch um eine örtliche Profilbildung bemüht. Im Bereich der Vergleichenden Regierungslehre ist ein Schwerpunkt „Politik und Wahlen in MV“ entstanden und Kollegen der Internationalen Politik haben sich mit den Ostseebeziehungen des Landes beschäftigt. Hinzu kommen regelmäßig Seminare und Tagungen zum leider wichtigen Thema des Rechtsextremismus.

Das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften hat außerdem starke Aktivitäten für eine Internationalisierung von Lehre und Forschung entfaltet. Mehrere Gastdozenten aus dem Ausland haben hier gelehrt, zahlreiche andere haben Vorträge gehalten. Wichtige Kontakte wurden u.a. im Rahmen des Erasmus/Socrates Programms mit ausländischen Universitäten und Instituten in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, aber auch Kanada und den USA geknüpft. Ziel dieser Auslandsbeziehungen ist es, die Studierenden- und Dozentenmobilität zu fördern und gemeinsame Projekte in Lehre und Forschung durchzuführen. Es wurden darüber hinaus mehrere internationale Symposien durchgeführt, zwei davon in Zusammenarbeit mit dem Institut Français de Rostock.

In vielerlei Weise und in erheblichen Maße hat das Institut das Fachgebiet und die Universität Rostock in der Öffentlichkeit repräsentiert und so auch einen Beitrag zum Aufbau einer demokratischen politischen Kultur in MV geleistet, und zwar durch etliche Vortragsreihen (beginnend mit „Rostock/Lichtenhagen und die Folgen“), mit der Mitarbeit an der Vortragsreihe „Orientierung in der Moderne“ und den „Rostocker Hochschulwochen“, mit öffentlichen Vorträgen und Mitgliedschaften in zahlreichen Gremien des Landes MV und mit öffentlichen Stellungnahmen zur politischen Entwicklung im Land und der Hansestadt (über Vorträge, Reden, Leserbriefe, Interviews usw.). Wir sind innerhalb und außerhalb der Universität für Internationalität, Akzeptanz und Toleranz eingetreten.

Dies zur erfreulich positiven Bilanz der Aktivitäten des Instituts. Ich kann und möchte hier jedoch nicht verschweigen, dass wir auch mit einem starken Gegenwind zu kämpfen haben.

¹ Eine Übersicht ist einzusehen auf der Internetseite des Instituts:
http://www.wiwi.uni-rostock.de/~polreg/index_neu.htm.

Der Bericht über die Evaluation des Studiums und der Lehre im Fach Politikwissenschaft an der Universität Rostock – der übrigens äußerst positiv für das Institut ausgefallen ist – fängt nicht zufällig mit folgendem Satz an: „Mit sehr viel Engagement ist es den Rostocker Politikwissenschaftlern gelungen, unter ungewöhnlich schwierigen Bedingungen einen Masterstudiengang zu etablieren, der – gemessen etwa an der Entwicklung der Studierendenzahl oder der Beteiligung der Studierenden und der Absolventen – insgesamt als Erfolg angesehen werden darf.“

Als besonders problematisch erweisen sich die uns von Oben erzwungenen ständigen Umgestaltungen und Änderungen der Studien- und Prüfungsordnungen, die fehlenden Gelder für Lehraufträge und Tutorien und vor allem die schlechte Personalausstattung am Institut. Die für das Land MV so sehr wichtige Ausbildung von Sozialkundelehrern ist im Bereich der Fachdidaktik noch nicht zufriedenstellend gesichert. Dafür wäre die Gründung einer Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften bzw. Sozialkunde notwendig. Und obwohl der Name des Instituts auf einen Teilstudiengang Verwaltungswissenschaften hinweist, kann in Rostock dieses wichtige Fach bis jetzt nur auf der Grundlage weniger Lehraufträge gelehrt werden. Außerdem verfügt der Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte de facto noch über keine Assistentenstelle. Diese Mängel sind bekannt, wurden aber bisher nicht aufgehoben.

Uns wurde versprochen, darüber in der Zukunft erneut Gespräche zu führen. Wir hoffen sehr, vor allem im Interesse der Studierenden, dass diese Gespräche in naher Zukunft den erhofften Durchbruch bringen werden. Denn wie in Baden-Württemberg müssen auch hier die Rahmenbedingungen stimmen, will man voll erfolgreich sein.

Mein Dank geht abschließend an die Leitung unserer Universität und an die Dekane, Pro-Dekane und an alle Kollegen der WiSo-Fakultät, die uns bisher tatkräftig unterstützt haben.

Ganz besonders herzlich möchte ich auch Herrn Prof. Oberndörfer für sein Engagement bei der Gründung dieses Instituts danken. Er als „Gründungsvater“ ist derjenige, der die Erfolgstory des Instituts überhaupt erst möglich gemacht hat. Durch ihn werden wir jetzt gleich einiges mehr über die Anfänge des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaft erfahren können. Danach wird eine Podiumsdiskussion zum Thema „Politikwissenschaft und politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“ stattfinden. Anschließend wird Herrn Professor Dr. Dieter Schröder durch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock die Ehrendoktorwürde verliehen.

Ich wünsche Ihnen allen einen entspannenden und fröhlichen Festakt.

Erinnerungen an die Gründung*

Dieter Oberndörfer

Meine Damen und Herren, in der Zeit vom Herbst 1991 – bis Ende des Wintersemesters 1993/94 war ich Vorsitzender des Gründungsausschusses der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Rostocker Universität. Mein Beitrag zur Gründung des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften erfolgte im Rahmen dieser Tätigkeit. Meine Erinnerungen an die Gründung des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften sind daher eng verwoben mit dem Gesamtrahmen und Schwerpunkt meiner Arbeit in Rostock, eben dem Gründungsausschuss der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Mein Bericht wird sich daher mit beidem befassen.

Ich habe diesem Vortrag die Überschrift „Erinnerungen an die Gründung“ gegeben, da ich in ihm auch über subjektive Erfahrungen berichten möchte.

Ich werde dabei zunächst 1. mit einer Vorbemerkung auf die Vorgeschichte meines Weges nach Rostock eingehen, dann 2. über die Arbeit des Gründungsausschusses sprechen und zuletzt 3. über den Aufbau des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften berichten.

1. Wie kam es zu meiner Präsenz in Rostock?

Wie den meisten Menschen in Westdeutschland lag auch für mich die DDR auf einem anderen Stern. Wir alle waren davon überzeugt, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu unserer Lebenszeit nicht zu erwarten sei. Der Fall der Mauer und die folgende Implosion der DDR kam für uns völlig überraschend. Bei einer Feier zu meinem 60. Geburtstag am 6. November 1989 wurde mein früherer Mitarbeiter Wolfgang Schäuble, der damalige Bundesinnenminister, in einer Diskussion über die Zukunft Deutschlands befragt, was wohl geschehe, wenn die Mauer gestürzt werde. Seine Antwort auf diese auch vom Fragesteller selbst gar nicht ernst gemeinte Möglichkeit war: „Das kann ich mir nicht vorstellen“. Wir alle stimmten dem zu und gingen zur Tagesordnung über, zu einer Debatte über vermeintlich realistischere Zukunftsszenarien.

* Leicht geänderte Fassung des Vortrags in der Aula der Universität Rostock am 10.05.2002 anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.

Ja und dann fiel nur drei Tage später die Mauer. Ost konnte nun der Lebenswirklichkeit im Westen und West der Lebenswirklichkeit im Osten begegnen. Dies galt auch für mich selbst. Zwar kannte ich als Politikwissenschaftler die Strukturen der Politik und Wirtschaft der DDR, über die Lebenswirklichkeit ihrer Menschen wusste ich jedoch wenig, vor allem nicht über die Komplexität des Lebens in einem politischen System, das von diesen selbst als permanent angesehen worden war. Besuche der DDR hatte ich wegen der erniedrigenden Formen der Grenzkontrollen und wegen anderen für mich unerfreulichen Aspekten der DDR auf ein Minimum eingeschränkt.

Meinen ersten Kontakt mit der Lebenswirklichkeit der früheren DDR nach dem Mauerfall erhielt ich schon bald im Sommer 1990 durch einen von der Konrad Adenauer Stiftung vermittelten Lehrauftrag für politische Theorie und Ideengeschichte an der philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden. Vor Ort stellte ich dann fest, dass ich es in meiner Vorlesung über Geschichte der klassischen politischen Theorie mit einem Fortbildungskurs für zehn Verwaltungsbeamte aus Chemnitz im früheren Marxismus-Leninismus (ML)-Institut zu tun hatte, denen nun von der neuen alten Institutsleitung statt der Teilnahme an einem Kurs in ML der Besuch einer Vorlesung über die Geschichte des politischen Denkens von Platon bis Rousseau nahe gelegt worden war.¹ Ich glaube nicht, dass ich damit zur Verbesserung ihrer Qualifikation als Verwaltungsfachleute beitragen konnte. Ich selbst hatte dabei jedoch Gelegenheit zu vielen mich menschlich bewegenden Gesprächen sowie einer ersten Begegnung mit der desaströsen Vernachlässigung der Altbausubstanz und der Umwelt in der Wirtschaftspolitik der DDR.

Der nächste Schritt meiner Annäherung an Rostock war die Berufung in die Strukturkommission für die Erneuerung des Hochschulwesens in MV im Herbst 1990.

Über die Tätigkeit der Strukturkommission der die Rektoren Rostocks und Greifswalds, Vertreter aller Landtagsfraktionen, der Gewerkschaften und Professoren verschiedener Disziplinen aus Westdeutschland angehörten, wäre viel zu berichten. Sie wurde vom Kultusministerium (KM) wegen interner Revierkämpfe im Umfeld des Ministers nur zögerlich unterstützt und manchmal sogar desavouiert. Zudem gab es damals noch keine Vorgaben des Finanzministeriums über die für Hochschulen zur Verfügung stehenden Finanzen. Daher wurden viele phantastische Pläne geschmiedet, so z.B. eine überdimensioniert ausgestattete Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät deren Verwirklichung Rostock zum wirtschaftswissenschaftlichen Harvard Europas gemacht hätte.

¹ Die Sektion ML hatte sich in philosophische Fakultät umbenannt.

Die Strukturkommission wurde auch, wie mir schien, von den Rektoren und ihren Senaten als höchst ärgerlicher Eingriff in die Autonomie der Universitäten wahrgenommen, wobei sie nicht sahen, dass ihre Strukturkommission weit weniger Kompetenzen gegenüber den Hochschulen besaß als die Strukturkommissionen in den anderen neuen Bundesländern. Nach meinem Eindruck gingen die Rektoren auch von einem gänzlich unrealistischem Bild der Hochschulautonomie in einer parlamentarischen Demokratie aus. Sie wollten nicht sehen, dass die akademischen Gremien der Universitäten nicht immer objektive Instanzen sind und einfach dekretieren können, wo es lange geht, so z.B. welche Lehrstühle und Institute eingerichtet und wie diese ausgestattet werden sollten, ferner dass die Stellenpläne der Universitäten auf Vorlagen des Finanzministeriums und Beschlüssen der vom Volk gewählten Landtage zu beruhen haben. Daher musste nach meiner Erinnerung das Ministerium z.B. zwei Berufungslisten an die Universität zurücksenden, da die Lehrstühle im Haushaltsplan des Landes nicht ausgewiesen waren. Die Strukturkommission wurde nach dem Rücktritt des damaligen Kultusministers Wutzke schon im Frühjahr 1992 aufgelöst. Sie hatte als erste der Strukturkommissionen der neuen Bundesländer ihren Abschlussbericht vorgelegt, während z.B. die Strukturkommissionen Sachsens und Brandenburgs noch lange tagten und dabei sehr aktiv in das Innenleben ihrer Hochschulen eingriffen.

2. Der Gründungsausschuss der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

2.1 Rechtlicher Rahmen, Zusammensetzung und Arbeitsbedingungen

Die Berufung eines Gründungsausschusses (GA) für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät durch das Kultusministerium MVs entsprach einem Wunsch der Universität Rostock. Im Rahmen ihrer eigenen Bemühungen um den Neuaufbau der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung und Lehre hatte die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät im Frühjahr 1991 einen Beschluss des Senats der Rostocker Universität zur Einrichtung eines GA erbeten. Der Senat hatte diesen Wunsch am 08.05.1991 durch förmlichen Beschluss ausgesprochen und ihn an das KM in Schwerin weitergeleitet.

Der GA sollte den Aufbau der bereits existierenden Rostocker Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät unterstützen. Hilfe wurde insbesondere für die Sicherung des Lehrangebots, für die Erarbeitung der neuen Struktur der Fakultät, ihrer Studiengänge und Prüfungsordnungen sowie für ihre personelle Ergänzung durch Berufungen erwartet.

Der GA wurde durch einen Erlass des damaligen Kultusminister (vom 18.09.1991) berufen. In ihm wurden die Mitglieder benannt und die Aufgaben des GA umrissen. Der Vorsitzende des GA wurde in diesem Erlass zwar ausdrücklich „zur Zusammenarbeit mit dem Dekan verpflichtet“, der GA aber ermächtigt, neue Studien- und Prüfungsordnungen sowie die von seinen Kommissionen erarbeiteten Berufungslisten direkt an das KM weiterzuleiten. Über diese weitreichende Kompetenz und die Zusammensetzung des GA kam es zunächst zu einem Konflikt zwischen dem KM und dem Rektor und Senat der Universität. Dieser Konflikt wurde schon im Januar 1992 beigelegt. Universität, KM und GA einigten sich darauf, die vom GA oder seinen Kommissionen erarbeiteten Strukturpläne, Lehr- und Prüfungsordnungen und Berufungslisten erst nach vorheriger Verabschiedung durch die Fakultät und den Senat an das KM weiterzuleiten. Dieser Kompromiss trug dem legitimen Wunsch der Universität nach Sicherung Ihrer Mitwirkung Rechnung. Auf Vorschlag des Vorsitzenden des GA wurden sodann der Fachbereichssprecher und der Vertreter der Fakultät im Senat vom KM in den GA kooptiert.

Nach Anlaufproblemen, – dem frühen Ausscheiden des Dekans und des Senators der Fakultät aus dem GA wegen politischer Gründe –, wirkten an der Arbeit des GA sieben Professoren aus den alten Bundesländern.² und der Fachbereichssprecher WiSo - Fakultät Dr. rer. oec. habil. et Dr. paed. Theo Nebl mit. Ich selbst wurde zum Vorsitzenden des GA ernannt.

Die Mitglieder des GA trafen sich in zehn ordnungsgemäß einberufenen Sitzungen, zu Beginn drei Mal in Frankfurt und später sieben Mal in Rostock (erste Sitzung 25.09.1991, letzte Sitzung 07.06.1993). Der Verlauf der Sitzungen, ihre Ergebnisse und Beschlüsse wurden sorgfältig protokolliert und finden sich im Anhang des Abschlussberichts des GA.

Die Mitwirkung an den Sitzungen und Kommissionen des GA, sowie die von vielen übernommene Lehrtätigkeit in Rostock war für seine Mitglieder mit einem großen zeitlichen Aufwand verbunden, der neben ihren hauptamtlichen Verpflichtungen zu Hause geleistet werden musste. So fielen für Treffen des GA und für Kommissionen mit An- und Abreise jeweils mindestens zwei Tage, bei den Anhörungen und Probevorträgen der Bewerber für

² Dr. Bernd Biervert (gest.), VWL/Universität Wuppertal), Dr. Jürgen Hauschildt, BWL Universität Kiel in beratender Funktion und Vorsitzender der Berufungskommission für BWL-Professuren und für Wirtschaftspädagogik, Dr. Dieter Oberndörfer, Politikwissenschaft/Universität Freiburg und Vorsitzender des GA, Dr. Karl Öttele, BWL, Universität München, Dr. Louis Perridon, Prof. em., BWL, vormals Gründungsrektor der Universität Augsburg/Gastprofessor Caen/Koordinator des Erasmusprogramms BWL für Deutschland, England, Frankreich, sowie Dr. Lutz von Rosenstiel, Wirtschaftspsychologie/Universität München, Prorektor und Vorsitzender der Strukturkommission MV und Dr. Harald Schert, VWL/Universität Hamburg, Mitglied einer Unterkommission des Wissenschaftsrates.

Professuren bis zu vier Tage an. Dazu kam in den Berufungskommissionen die Lektüre der Publikationen der Bewerber und deren schriftliche Begutachtung.

Um eine möglichst enge Zusammenarbeit der Arbeit des GA mit den Gremien der Universität Rostock und eine Abstimmung auf die örtlichen Gegebenheiten zu sichern, wurde ich vom Wintersemester 1991 bis Ende Sommersemester 1993 von meiner Heimatuniversität Freiburg an die Universität Rostock „abgeordnet“ und war in dieser Zeit dienstrechtlich Beamter MVs. Im Wintersemester 1993/94 war ich noch nebenamtlich für den GA und mit Hilfe des Stifterverbandes der Deutschen Wirtschaft als Lehrbeauftragter in Rostock tätig. Mit dem Amt des Vorsitzenden waren folgende administrative Aufgaben verbunden:

- Versand der Tagesordnung und fristgemäße Einladung zu den Sitzungen des GA, deren organisatorische Vorbereitung und Abstimmung. Leitung und Protokollierung der Sitzungen, formelle und informelle Abstimmung der Arbeit des GA und Ausführung seiner Beschlüsse.
- Ausschreibung der zu besetzenden Professuren bzw. Genehmigung der Ausschreibungstexte durch Fakultät, Senat und Ministerium; Sichtung und Ordnung der eingegangenen Bewerbungsunterlagen für die Berufungskommissionen; formelle Berufung der Kommissionsmitglieder, die nicht Mitglieder des GA waren.
- Einberufung, Beratung und Koordination der Arbeit der Berufungskommissionen: Einladung der Kandidaten zu Probevorträgen; Weiterleitung der Berufungslisten an GA, Fakultät und Senat.
- Verhandlungen mit dem KM und Stifterverband der deutschen Wirtschaft über die Ausstattung der Fakultät, über Berufungen und andere Aspekte der Arbeit des GA..
- Beratende Mitwirkung an der Zentralen Überleitungskommission MVs für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Vorsitz Prof. Jacob/Hamburg) zur Vorbereitung der Stellungnahme des GA zu den Überleitungsempfehlungen.
- Teilnahme an den Sitzungen des Rats der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und an Sitzungen des Akademischen Senats, die für die Aufgaben des GA relevant waren.
- Sicherung der Finanzen für die Arbeit des GA und seiner Kommissionen, logistische Betreuung ihrer Mitglieder und ungewollte Anlaufstelle für die Erstattung der Reisekosten des GA und seiner Kommissionen, – verbunden zuletzt mit erheblichem Zeitaufwand und Ärger mit den erstattenden Instanzen!
- Aufbau des politikwissenschaftlichen Instituts und des politikwissenschaftlichen Studiums.

Der Vorsitzende des GA hatte das Recht an den Verhandlungen aller Berufungskommissionen mit beratender Stimme mitzuwirken. Die Zusammenarbeit mit Fakultät, Rektorat, Senat und

dem KM gestaltete sich zunehmend positiv. Die Arbeit des GA wurde vom amtierenden Dekan der Fakultät, Herrn Doz. Dr. K.-H. Brillowski, und dem Fachbereichssprecher, Prof. Dr. T. Nebl, überaus effizient und in freundlicher Form mitgetragen.

So wurden z.B. vom amtierenden Dekan die Berufungslisten in den Fakultätssitzungen vorgestellt und die Berufungsunterlagen für die Senatssitzungen aufbereitet. Er übernahm die organisatorische Vorbereitung der Probevorträge, die Begrüßung der Bewerber, die Teilnahme an den Verhandlungen der berufenen Dozenten mit dem Kanzler und vieles andere.

Entscheidend für die gute Qualität der Zusammenarbeit mit der Fakultät war ferner gerade auch die Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit des Fachbereichssprechers Prof. Dr. Dr. Nebl im GA. Dadurch wurde die Fakultät direkt und kontinuierlich über die Arbeit des GA unterrichtet. Vorstellungen und Anregungen der Fakultät konnten direkt in den GA eingebracht werden. Bei seinem tatkräftigen und zeitaufwändigen Einsatz als unermüdlicher „Rettungsschwimmer“ für den Fachbereich und dessen Angehörige ist zu erwähnen, dass er und seine Kollegen damals, um den drohenden Zusammenbruch des Lehrangebots zu verhindern, auch noch überdimensionierte zwölfstündige Lehrdeputate bewältigen und neue Lehrinhalte erarbeiten mussten. Dieser Beitrag zur Stabilisierung der Fakultät war eine wesentliche Voraussetzung für die Aufbauarbeit des GA.

Ebenso hilfreich war die Unterstützung des Rektors. So wurden durch seine Intervention anfängliche inneruniversitäre Konflikte entschärft, so z.B. die Attacke einer nach längerem Tiefschlaf plötzlich zu neuem Leben erwachten Senatskommission für die „Erneuerung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Lehre“ unter Vorsitz eines Mediziners und jenes Senators der Fakultät, der die Universität und den GA bald danach wegen ihm vorgeworfener geheimdienstlicher Tätigkeit verließ. Die „Kommission zur Erneuerung“, die de facto nur aus diesen Vorsitzenden bestand, wollte den vom KM berufenen und von der Universität bestätigten GA abberufen lassen, seine Arbeit übernehmen oder zumindest blockieren.

Alle Probleme der Arbeit des GA konnten, wenn erforderlich, vom Vorsitzendem mit dem Rektor in persönlichen Gesprächen erörtert und mögliche Lösungen abgestimmt werden. Die Zusammenarbeit mit dem KM muss ich in der Gesamtbilanz sehr positiv bewerten. Neben der Gelegenheit zu einem ausführlichem Austausch mit Ministerin Schnoor hatte ich stets, wenn notwendig auch kurzfristig, Zugang zu Staatssekretär de Maiziere und Prof. Dr. Wildenhain, dem derzeitigen Rektor der Universität und damaligen Abteilungsleiter des Ministeriums. Spezielle Probleme konnten telefonisch oder durch Besuche bei den für die Universität zuständigen Beamten, zunächst mit den Herren MD Eberth und MR Schanné und später mit MR Hansen und Dr. Bartsch zügig geklärt werden.

Auseinandersetzungen über die Stellen-Ausstattung der Fakultät oder über die Anhebung zweier Professuren von C-3 auf C-4, hatten fast durchweg ihre Ursache in Entscheidungen des Finanzministeriums gegen die sich auch das KM mit Nachdruck ausgesprochen hatte.

Die Arbeit des GA wurde anfänglich stark durch technische und bürokratische Probleme aufgehalten. So verfügte der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften über keine automatische Telefonanlage. Eingehende Gespräche mussten von *einer* Telefonistin vermittelt werden. Bei ihrer Überlastung oder Abwesenheit konnten Mitglieder der Fakultät telefonisch nicht erreicht werden. Wegen Mittelknappheit wurde das Telefon der Fakultät im Herbst 1991 vom damaligen Kanzler sogar kurzer Hand gesperrt. Wegen unzulänglicher Anlagen und Verbindungen nach Westdeutschland war die telefonische Kommunikation noch im Winter 1991 und Sommer 1992 überaus zeitaufwändig. Im Büro des politikwissenschaftlichen Seminars fiel das Telefon bis zur Einrichtung einer neuen Anlage im Februar 1993 immer wieder wegen einer irreparablen, uralten Leitung tagelang aus. Oft mussten dann Telefonate von der Hauptpost geführt werden. Besonders schwierig war es, über das Institutstelefon Verbindungen nach Westdeutschland herzustellen. Aus unerfindlichen Gründen wurde ich von der Wählscheibe immer wieder mit Görlitz verbunden. Bis zur Einrichtung eines Fax-Gerätes im politikwissenschaftlichen Institut im Herbst 1992 musste ich Faxe über das Hotel Warnow senden, was oft mit langen Wartezeiten verbunden war, da ich ja nicht zu den Hotelgästen zählte und letzteren den Vortritt lassen musste.

Nach dem Ankauf von PCs mussten sich die ansonst hervorragend qualifizierten Sekretärinnen in den Büros des Fachbereichs und des GA erst in die Geheimnisse der Textverarbeitung einarbeiten.

Da die Beamten im KM häufig auch noch abends oder am Wochenende in ihren Büros arbeiteten, wurde die telefonische Kommunikation, die während des Tages durch Überlastung der Leitungen verhindert war, dann oft doch noch möglich. Über diesen Weg der Kommunikation konnten auch viele Vorgänge routinewidrig beschleunigt werden. Es wurde später üblich, die Aufbauarbeit der aus den alten Bundesländern importierten Ministerialbeamten der ersten Stunde abwertend zu kommentieren. Ich selbst fand Ihren Arbeitseinsatz vorbildlich und ihre Leistungen im Rahmen der damaligen Arbeitsbedingungen und des psychologisch deprimierenden Umfelds heroisch. In der Anfangsphase mussten von ihnen fast ex nihilo und oft in miserabler Unterbringung die ganze administrative und logistische Infrastruktur ihrer Ämter aufgebaut und gleichzeitig im Eiltempo komplexe Verwaltungsaufgaben getätigt werden, für deren Bewältigung im Westen oft viele Jahre Zeit zur Verfügung gestanden hatten.

Besonders schätzen lernte ich im KM einige reaktivierte Pensionäre wie z.B. MD Eberth aus dem bayerischen KM (früher Kanzler der Universität Regensburg), der Prototyp des erfahrenen und souveränen Verwaltungsbeamten der wichtige „Vorgänge“ trotz sperriger Verwaltungsvorschriften „ermöglichen“ und „lukendicht“ machen konnte. Vor allem bei der Redaktion der Prüfungsordnungen hat er dem GA als erfahrener Freund und Helfer beigegeben.

Bei meinen Kontakten mit dem Ministerium profitierte ich von der Anmietung eines Appartements mit eigenem Telefon in einem Arbeiterwohnheim. Dieser Telefonanschluss war ein wahrer Lotterietreffer. Er machte mir das Leben in meinem im Stil einer Ostvariante des Gelsenkirchener Barocks ausgestatteten Appartement, Seite an Seite mit Bauarbeitern aus vielen Ländern, die hier in Vierbettzimmern mit Gemeinschaftsduschen billig wohnen konnten, erträglich. Das Ambiente des Wohnheims war, diese Abschweifung sei mir gestattet, erlebnisreich. So gab es auf den Korridoren immer wieder interessante Begegnungen mit tätowierten Muskelmännern vieler fremder Zungen. Dazu kamen, im vierzehntägigen Rhythmus per durchdringendem Sirenton angekündigt, mehrstündige Räumungen des Wohnheimes für Blausäuregasangriffe gegen die omnipräsenten und auch nach den Bekämpfungsaktionen immer noch putzmunteren Kakerlaken.³

Trotz des engagierten Arbeitseinsatzes der Beamten im KM Schwerin benötigte die Prüfung der Ausschreibungstexte für die neuen Professuren dennoch sechs Wochen. Da die Ausschreibungstexte vorher in der Universitätsverwaltung bereits sechs Wochen liegengeblieben waren – erst durch den persönlichen Einsatz des Rektors wurde ihre sofortige Absendung an das KM in Schwerin ermöglicht – war viel kostbare Zeit für die Berufungen verloren worden. Die Verwaltung der Universität hatte zudem, um zu sparen, die Ausschreibungen absprachewidrig nur in der DUZ, der Deutschen Universitätszeitung, und nicht auch in der ZEIT veröffentlicht. Da die DUZ nur wenig gelesen wird und deshalb nur wenige Bewerbungen eingegangen waren, musste ein zweites Mal im Herbst 1992 ausgeschrieben werden. Zusammen mit der Verdoppelung der üblichen Bewerbungsfristen von je sechs Wochen bedeutete dies einen Zeitverlust von nochmals vier Monaten. Die Berufungskommissionen konnten ihre Arbeit deshalb nicht wie vorgesehen noch im Sommer 1992, sondern erst im Frühjahr 1993 aufnehmen.

Einige Probleme in der Zusammenarbeit mit der Universitätsverwaltung ergaben sich auch dadurch, dass der im Herbst 1991 berufene neue Kanzler bereits bei Jahresende 1992 Rostock

³ Ich flüchtete mich in der Zeit der Ungezieferbekämpfungsaktionen in ein Kaffee am Fluss in Warnemünde. Ich erhielt dabei von der Besitzerin Kenntnis von den mit massiven Bedrohungen unternommenen Versuchen der Scientology, die Häuser am Fluss zu Spottpreisen aufzukaufen.

wieder zu Gunsten einer westdeutschen Universität verlassen hatte und der neue Kanzler sein Amt erst mit Beginn des Wintersemesters 1993/94 antreten konnte.

Zusätzliche gravierende Verzögerungen der Berufungen ergaben sich durch die finanziellen Engpässe des Landes und die Politik des Finanzministeriums. So wurde die Universität im Sommer 1992 vom Finanzministerium angehalten, zahlreiche Professoren- und Mittelbaustellen bis zum Jahresende befristet zu sperren. Die Universitätsverwaltung blockierte aus diesem Grund auch mehrere neue Professuren und Mittelbaupositionen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Bei Jahresende 1992 ordnete das Finanzministerium dann die Verlängerung der Stellensperre bis 01.07.1993 an. Dies hatte zur Folge, dass Rufe auf mehrere neue Professuren erst nach Aufhebung des Sperrvermerkes, also ab 01.07.1993 herausgehen konnten.

Trotz der Bemühungen um eine schnelle Bearbeitung der Berufungsvorgänge durch das zuständige Ressort in Schwerin konnten somit die Verhandlungen der berufenen Dozenten mit dem Ministerium und der Universitätsverwaltung erst im Wintersemester 1993/94 aufgenommen werden.

2.2 Zentrale Aufgaben: Sicherung der Lehre, Verabschiedung von Studien- und Prüfungsordnungen, Strukturpläne, Berufungen und „Überleitungen“

2.2.1 Sicherung der Lehre

Als die Mitglieder des GA am 30.09.1991 zu ihrer ersten Sitzung in Frankfurt zusammentraten, wurden sie mit der Tatsache konfrontiert, dass für das Wintersemester 1200 Studenten für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Rostock eingeschrieben waren (davon 300 Neumatrikulationen!). Es musste folglich so schnell wie möglich die Weiterführung ihres Studiums gesichert werden. Daher wurde vom GA aus dem Stand heraus in seiner ersten Sitzung eine vorläufige Studienordnung beschlossen. Zugleich mussten bis Beginn des Wintersemesters am 15.10. die vorhandenen Lücken im Lehrangebot behoben werden. Dies geschah durch die vollzeitliche Abordnung von Dozenten oder durch Lehraufträge für Mitglieder des GA (VWL, BWL, Politikwissenschaften) und Kollegen aus den alten Bundesländern. Ich selbst hing damit seit Mitte September für mehrere Wochen täglich viele Stunden am Telefon, um noch vor Semesterbeginn qualifizierte potenzielle Lehrkräfte für Rostock – vornehmlich Privatdozenten oder Emeriti – aufzuspüren, anzusprechen und für eine Lehrtätigkeit in Rostock zu gewinnen. Auch in den folgenden Semestern musste das Lehrangebot immer wieder durch

Mitglieder des GA und auswärtige Kollegen über Lehrstuhlvertretungen und Lehraufträge ergänzt werden.

Wichtige Lehraufträge konnten mit Zuwendungen der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Stifterverbandes der deutschen Wirtschaft finanziert werden. Ein besonderes Problem für den GA waren die Studenten, die ihr Studium vor der Wende noch in der alten Fakultät für sozialistische Betriebswirtschaft begonnen hatten. Durch eine vom GA angeregte und vom Ministerium akzeptierte Verlängerung der BAföG-Regelung, durch Blockseminare und Individualprüfungen, die auf die früheren Studiengänge der Kandidaten Rücksicht nahmen, wurden auch ihnen Studienabschlüsse ermöglicht. Hierbei hat sich Prof. Scherf/Hamburg besondere Verdienste erworben.

Die Probleme, die dabei zu bewältigen waren, werden durch eine Aufzählung der zu berücksichtigenden unterschiedlichen Studienjahrgänge verdeutlicht:

Da gab es die Immatrikulationsjahrgänge 1986 und 1987 mit einem Studium als Dipl. Ingenieurökonom bzw. als Diplomökonom. Ab 1988 und 1989 waren dann individuelle Anpassungen mit speziellen Studien-, Prüfungsordnungen und Studienverlängerungen für den Abschluss als Diplomkaufmann/frau notwendig. Ferner waren Hilfen für Studenten eines fünfjährigen Fernstudienganges erforderlich.

2.2.2 Studien- und Prüfungsordnungen

Von einer Kommission des GA, der die Kollegen Oettle, Scherf und Nebl und MD Eberth angehörten, wurde schon zum Sommer 1992 eine neue Studien- und Prüfungsordnung für Betriebswirtschaftslehre ausgearbeitet und verabschiedet. Die Prüfungsordnungen für Wirtschaftsingenieure und Diplomkaufmann/frau waren die ersten Prüfungsordnungen der Rostocker Universität, die vom KM anerkannt worden sind.

2.2.3 Ausstattung (Strukturplan der Fakultät: Blüenträume)

Für die künftige Gestalt der Fakultät, ihre Struktur und Ausstattung, musste unverzüglich ein Strukturplan erstellt werden. Der GA konnte dabei auf die Vorarbeiten einer Strukturkommission der Fakultät aufbauen.

Der gemeinsam mit der Fakultät erarbeitete erste Strukturplan sah die Ausstattung der Fakultät mit 26 Professuren für BWL und VWL, drei Professuren für Soziologie und vier Professuren für Politikwissenschaft vor. Geplant war u.a. die Einrichtung von BWL-Professuren für

spezielle Bedürfnisse der Wirtschaftsstruktur und Entwicklung MVs (z.B. für Tourismus und Ökologie) und die Einrichtung bzw. Weiterführung der Studiengänge Wirtschaftsingenieur und Wirtschaftsinformatik neben den Studiengängen VWL und BWL.

Im Strukturplan der Fakultät und des GA vom 01.02.1992 wurde noch die Einrichtung von 23 Professuren für VWL und BWL, vier Professuren für Politikwissenschaft und drei Professuren für Soziologie vorgeschlagen. In einer Sitzung des GA vom 11.02.1992 wurden via Telefon vom KM 21 Professuren für VWL und BWL sowie sieben Professuren für Soziologie und Politikwissenschaften zugesagt.

Der GA schloss sich dabei Empfehlungen des Wissenschaftsrates an und verabschiedete einen Strukturplan nach dem der BWL und VWL jeweils acht, der Ökonometrie und Statistik zwei, der Ausbildung von Wirtschaftsingenieuren drei, der Politikwissenschaft vier und der Soziologie drei Professuren zugeordnet werden sollten. Diese Planung wurde jedoch schon bald von der Realität der finanziellen Engpässe MVs und seiner Finanzpolitik überholt.

In der Finanzplanung des Landes vom März 1992 waren nur noch 19 Professuren für die Wirtschaftswissenschaften und sieben Professuren für die Sozialwissenschaften vorgesehen. Auf dieser Grundlage wurde vom GA nochmals ein Strukturplan entworfen, der nach eingeholter Zustimmung der Fakultät und des Senats, schließlich vom KM akzeptiert wurde. Der Stellenplan, der die Grundstruktur der neuen Fakultät bilden sollte, sah sieben Professuren für BWL, sieben Professuren für VWL, zwei Professuren für Ökonometrie und Statistik und drei Professuren für die Ausbildung von Wirtschaftsingenieuren vor. Für Politikwissenschaft sollten vier und für Soziologie drei Professuren eingerichtet werden.⁴

Dieser Stellenplan wurde aber bald erneut durch Kürzungen zugunsten anderer universitärer Einrichtungen reduziert. So wurde vom KM die Professur Geschichte der Wirtschaftswissenschaften gestrichen und für den Aufbau der Musikwissenschaft zur Verfügung gestellt. Besonders schmerzlich war, dass durch einen Beschluss des Landtages für die Weiterführung der Rostocker Agrarwissenschaftlichen Fakultät eine C-4-Professur für Ökonometrie abgetreten werden musste.

⁴ 7 Professuren BWL: Rechnungswesen, Produktionswirtschaft, Finanzwirtschaft, Absatzwirtschaft, Personalwirtschaft und Organisation, Management, Wirtschaftsinformatik.

7 Professuren VWL: Wachstum und Konjunktur, Geld und Kredit, Außenwirtschaft, Mikro-Ökonomie und Wettbewerb, Finanzwissenschaft, Ordnungspolitik, Geschichte der Wirtschaftswissenschaften.

2 Professuren Statistik: Ökonometrie, Statistik und ihre Anwendung in der BWL.

3 Professuren erweiterte Ausstattung für Wirtschaftsingenieur/wesen: Operations Research, Logistik, Verkehrswirtschaft.

4 Professuren Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaften: Vergleichende Regierungslehre, Internationale Politik, Politische Theorie und Ideengeschichte, Methodik der empirischen Sozialforschung.

3 Professuren Soziologie: Theorie- und Theoriegeschichte, Makrosoziologie, Mikrosoziologie.

Somit entfielen jetzt noch 17 Professuren auf fast ausschließlich klassische Bereiche der Wirtschaftswissenschaften und je drei Professuren auf Soziologie und Politikwissenschaft. Spielräume für Innovationen und eine Berücksichtigung spezieller Aufgaben der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Lehre und Forschung wurden dadurch zwangsläufig sehr eingeschränkt. Um Rufe attraktiv zu machen, hatte der GA für die C-4-Professuren eine Ausstattung mit je zwei Assistenten und für die C-3-Professuren mit je einem Assistenten vorgesehen. Finanzministerium und KM hatten diesem Vorschlag entsprochen. Die Fakultät wurde also im Mittelbau im Vergleich zu den alten Bundesländern sehr gut ausgestattet (in den alten Bundesländern für C4 je eine C1-Stelle, für C3 keine). Dazu kamen noch acht C2-Positionen und zwölf akademische Ratsstellen (Wirtschaftswissenschaften 10, Sozialwissenschaften 2).

Auch diese Ausstattung wurde wenig später abermals verringert. So mussten an die agrarwissenschaftliche Fakultät nochmals eine C2- und zwei C1-Positionen abgetreten werden. Ferner wurden zwei C2-Stellen und eine C1-Stelle mit einem KW-Vermerk versehen. Sie würden also nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn ihre derzeitigen Stelleninhaber ausscheiden. Alle Interventionen des GA gegen diese Maßnahmen scheiterten am Finanzministerium.

Trotz der damals schon ständig steigenden Studentenzahlen der WiSo Fakultät erhielt der GA im Kampf gegen die kontinuierliche Verringerung des ursprünglichen Stellenplans zu Gunsten anderer Fakultäten in der Universität wenig Unterstützung. Es ist sicher richtig, dass auch Fächer mit wenig Studenten aus wissenschaftsimmanenten Gründen eine vergleichsweise große Zahl von Professuren als Mindestausstattung benötigen. Solche Unterschiede gibt es in allen Universitäten. Die unterschiedliche Belastung der Professoren in Studiengängen mit ständig weiter steigenden Studentenzahlen gegenüber den Professoren in hervorragend ausgestatteten Fakultäten mit relativ wenigen Studenten ist jedoch u.E. in der bisherigen Form nicht auf Dauer haltbar. Auch im Hinblick auf die wichtige Funktion der WiSo Fakultät für das Land MV muss hier endlich ein Ausgleich geschaffen werden.

Die Zahl der Professuren entsprach nunmehr den Mindestanforderungen des Wissenschaftsrats für die Ausstattung Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Fakultäten in BWL, VWL, Soziologie und Politikwissenschaft. Sie entsprach jedoch nicht den Vorstellungen des GA für eine auf die speziellen Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung MVs ausgestatteten Fakultät. Vorstöße des GA im politischen Raum (u.a. Ministerpräsident und Landtag) für eine bessere Ausstattung der Wirtschaftswissenschaften, scheiterten an der Finanznot des Landes MV bzw. der „Betonmauer“ seines Finanzministeriums.

Es ist zu hoffen, dass die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Zukunft doch noch in dem ursprünglich vorgeschlagenen Umfange ausgebaut werden können. Nur dann können sie ihre

Aufgaben in der Ausbildung und wissenschaftlichen Beratung für die Wirtschaft in dem wünschenswerten und notwendigen Umfang für MV wahrnehmen.

2.2.4 Überleitungen und Berufungen

Die Fragen der Weiterbeschäftigung der Dozenten der Hochschulen MVs wurde durch ein kompliziertes Überleitungs- und Übernahmeverfahren geregelt. Unter politischen und auch unter Aspekten der Qualifikation war es wohl unvermeidlich. Auch bei individuellem „Erfolg“ blieb es jedoch sicher den meisten als demütigende Erfahrung in Erinnerung.

So mussten nach den hierfür gültigen gesetzlichen Bestimmungen alle Professoren, Dozenten und Inhaber von Mittelbaustellen der Hochschuleinrichtungen als Voraussetzung einer „Übernahme“ in den Landesdienst von „Überleitungskommissionen“ auf ihre fachliche Eignung überprüft werden. An diesen Kommissionen waren paritätisch Wissenschaftler aus den alten Bundesländer und aus MV beteiligt. Für die Beurteilungen mussten Gutachten renommierter Wissenschaftler aus dem In- und Ausland eingefordert werden. Den Vorsitz der Überleitungskommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hatte zuletzt der hochangesehene Betriebswirtschaftler Prof. Dr. Jacobsen von der Universität Hamburg. Von der Rostocker Fakultät war Prof. Dr. Grasshof in die Überleitungskommission gewählt worden. In der Schlussphase war auch ich als Vorsitzender des GA in die Überleitungskommission mit beratender Stimme kooptiert worden.

Voraussetzung für die bloße Möglichkeit einer Überleitung war ein positives Votum der von den Universitäten viertelparitätisch gewählten Ehrenkommissionen, die ihre Entscheidungen auf der Grundlage persönlicher Gespräche, der Auswertung von Personalakten und anderer Informationen vor Ort trafen. Eingeholt wurden nicht zuletzt auch Auskünfte der „Gauckbehörde“. Den Ehrenkommissionen mussten sich alle Angehörigen der Universität ohne Ansehung ihres Status – also vom Hilfsarbeiter bis zum Rektor – persönlich stellen. Taten sie dies nicht, war eine „Überleitung“ ausgeschlossen und daher eine „Übernahme“ nicht möglich.

Für neugeschaffene oder vakante Positionen an den Universitäten des Landes konnten sich zunächst nur Angehörige der akademischen Einrichtungen MVs bewerben, deren fachliche Eignung aber zuvor durch die Überleitungskommissionen bestätigt worden war. Dabei konnten sich auch Professoren oder Assistenten aus Rostock für freie Positionen in Greifswald oder umgekehrt aus Greifswald in Rostock bewerben. Ein menschlich tragisches Kapitel bildeten hierbei jene Dozenten, deren fachliche Qualifikation von den Überleitungskommissionen positiv bewertet worden war, für die es aber durch Stellenstreichungen im Landeshaushalt keine Positionen mehr gab und die deshalb nicht „übernommen“ werden konnten.

Eine Ausschreibung für Bewerber aus anderen Bundesländern konnte erst nach Abschluss der Übernahmeverfahren erfolgen, d.h. als feststand, dass für vakante Stellen keine geeigneten Bewerber/innen aus den akademischen Einrichtungen MVs zur Verfügung standen.

Nach diesem Verfahren schlug die zentrale Überleitungskommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften unter Vorsitz von Professor Jacob für die Rostocker Fakultät die Übernahme von vier Rostocker und einem Wismarer Kollegen vor.

Diese Vorschläge und die für sie eingeholten Gutachten wurden von Professor Jacob am 05.09.1992 dem GA persönlich im Beisein des Rektors vorgetragen. Die Übernahmen fanden daraufhin die einstimmige Unterstützung des GA.

Nach den Überleitungsvorschriften waren bei der Besetzung von Mittelbaustellen (Rats- und Assistentenstellen) ebenfalls zuerst Bewerber aus MV zu berücksichtigen.

Damit sollte das vor Ort vorhandene wissenschaftliche Potenzial des Mittelbaus erhalten und berechtigten sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden.⁵ Da der Schwerpunkt der Fakultät in der Betriebswirtschaftslehre lag, ergaben sich bei der Überleitung des Mittelbaus Verschiebungen zugunsten der BWL auf Kosten der anderen Fächer der Fakultät.

Die dadurch entstandene Disproportionalitäten bei der Ausstattung mit Mittelbaustellen war nach den gesetzlichen Vorgaben der Überleitung und unter den damaligen sozialen Gesichtspunkten legitim und unvermeidlich. Diese Disproportionalitäten sollte jedoch, so lautete die Empfehlung des GA, nach Ausscheiden ihrer derzeitigen Stelleninhaber abgebaut werden.

2.2.5 Berufungen

Vom GA wurden sieben Berufungskommissionen gebildet. Für den Vorsitz in den Berufungskommissionen konnten die Kollegen Albers/Kiel (VWL), Hauschild/Kiel (BWL, Wirtschaftspädagogik), Hättich/München (Politikwissenschaft) Scherf/Hamburg (VWL), von Rosenstiel/München (Organisationspsychologie) und Ziegler/München (Soziologie) gewonnen werden. An allen Kommissionen wirkten Mitglieder der Fakultät, auswärtige Kollegen und in der Regel auch ein Mitglied des GA mit.

Über die Listen der Berufungskommissionen wurde in den Sitzungen des GA und der Fakultät abgestimmt. Nach Stellungnahmen der Fakultät und des Senats wurden sie an das KM

⁵ Da der Mittelbau noch weit weniger als die „etablierten“ Professoren der Fakultät Zugang zu internationaler Fachliteratur oder internationalem Austausch gehabt hatte, hätten zum damaligen Zeitpunkt Ausschreibungen für Bewerber aus den alten Bundesländern eine ganze Generation wissenschaftlichen Nachwuchses einer unfairen Wettbewerbssituation ausgesetzt und „ausgelöscht.“

weitergereicht. Die Listen wurden vom GA, von der Fakultät und vom Senat in der Regel einstimmig verabschiedet.

Wegen der Verzögerungen bei den Ausschreibungen in Folge der geschilderten langsamen Verwaltungsabläufe konnten die Berufungskommissionen ihre Arbeit erst im Wintersemester 1992/93 aufnehmen. Schon Ende dieses Wintersemesters waren aber mit einer Ausnahme (VWL wegen eines Auslandsfreisemesters des Kommissionsvorsitzenden Scherf) alle Listen erstellt und dem KM zugeleitet worden. Bis zum Sommer 1993 waren Rufe an die erstplatzierten Kandidaten fast aller Listen ergangen. Wegen des verschärften Wettbewerbs um Talente als Folge der vielen Neugründungen erhielt z.B. ein Kandidat seinen Ruf unmittelbar nach Abschluss seines Habilitationscolloquiums telegraphisch übermittelt. Er konnte damit für weitere Rufe durch Minister anderer Länder gesperrt werden.

In einigen Fällen wie z.B. in der Politikwissenschaft wurden berufene Privatdozenten dafür gewonnen, sich noch vor Abschluss ihrer Berufungsverhandlungen auf ihren künftigen Lehrstühlen selbst zu vertreten.

3. Der Aufbau des Politikwissenschaftlichen Instituts und der politikwissenschaftlichen Lehre⁶

Durch Fakultätsbeschluss wurde mir im November 1991 die kommissarische Leitung des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften übertragen. Bei dieser Einrichtung handelte es sich um den Rest einer von früheren Angehörigen der Sektion ML unter Mitwirkung des Hamburger Professors für politische Didaktik, Bernhard Clausen, versuchten aber vom Senat und dem KM abgelehnten Gründung eines Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften.

In dem Institut waren im Herbst 1991 noch eine Sekretärin, eine Sachbearbeiterin, ein als Schwerbehinderter nicht abgewickelter ehemaliger Mitarbeiter der Sektion ML sowie sieben wissenschaftliche Angestellte unterschiedlicher Disziplinen – mehrheitlich Historiker – für den Abschluss ihrer Promotionen oder für administrative und wissenschaftliche Betreuungs-

⁶ Zum Aufbau der politikwissenschaftlichen Lehre in Rostock vgl. Winfried Steffanis ausführlichen Bericht im Deutschlandarchiv, Zu Wilhelm Bleek, der Aufbau der Politikwissenschaft in den neuen Bundesländern (Ein Zwischenbericht, Teil 2, der nichts besonderes aus Mecklenburg- Vorpommern zu berichten weiß) DA 8/1992, DA 11/92, S. 1196f. Steffani war vom WS 1991/92 bis zum WS 1992/93 als Gastprofessor am politikwissenschaftlichen Institut und als stellv. Vorsitzender der Überleitungskommission des Landes MV für Volks-, Betriebs- und Sozialwissenschaften tätig. Steffani informiert in seinem Artikel auch über die Überleitungs- und Übernahmeregeln. Anlass seines Artikels war eine ignorante Darstellung Bleeks, die sich mit einem Minimum wissenschaftlicher Sorgfalt bzw. Recherchierens hätte vermeiden lassen.

aufgaben tätig. Für den Aufbau der Politikwissenschaft musste das Institut daher erst durch förmlichen Beschluss des GA und des Senats der Universität aus seiner bisherigen schwer definierbaren Grauzone bloßen „Daseins“ herausgeholt, d.h. amtlich als Universitätseinrichtung gegründet und damit entwicklungsberechtigt werden. Dieser Gründungsbeschluss erfolgte dann im Februar 1992.

Von der Exstanz des Instituts hatte ich zuerst durch den Rektor kurz nach meiner Ankunft in Rostock erfahren. In einem Gespräch über die Arbeit des GA fragte er, ob ich mich nicht auch um den Aufbau der Politikwissenschaft kümmern wolle.

Nach einem ersten Besuch des Instituts Ende Oktober 1991 bin ich der Anregung des Rektors gerne gefolgt. Der Grund war nicht nur meine eigene akademische Beheimatung in der Politikwissenschaft, sondern vor allem auch die über das Institut ermöglichte logistische Unterstützung meiner Arbeit für den GA. Im Institut gab es neben einer tüchtigen Sekretärin und einer tüchtigen Sachbearbeiterin für Verwaltungsaufgaben vor allem zwei Arbeitsräume. Ich war bis dahin im Konferenzraum der WiSo Fakultät in der Parkstrasse untergebracht gewesen und musste mir dort für Schreibaufgaben die phänomenal tüchtige Frau Drusche, die Sekretärin des Fachbereichssprechers, ausleihen, soweit sie innerhalb der Grenzen ihrer dienstlichen Aufgaben Zeit hatte, für mich zu arbeiten. Wenn Kommissionen der Fakultät tagten, musste ich jeweils mit meinen gesamten Akten in irgend einen freien Raum übersiedeln. Bei meinem Besuch im Institut am Vogelsang hatte ich gleich gemerkt, dass es dort noch mehrere ausbaufähige Räume gab. Erste Gespräche mit den verbliebenen Mitarbeitern, insbesondere den Doktoranden, waren ein weiterer Anreiz, mich auch auf das Abenteuer des Aufbaus eines neuen Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften einzulassen.

Das Institut war im Obergeschoss eines von dem Architekten Schinkel entworfenen, aber ziemlich verkommenen Hauses im Zentrum der Stadt gegenüber der Marienkirche untergebracht. Es verfügte über einen kleinen Hörsaal, einen Arbeitsraum und Räumen für die Sekretärin und die Sachbearbeiterin. Alle anderen Zimmer waren vollgestopft mit Buchbeständen und Mobiliar anderer universitärer Einrichtungen. Da mir schon bald aus dem Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) Assistentenstellen bewilligt worden waren, mussten zur Sicherung des gewachsenen Raumbedarfs die vorhandenen Abstellräume mit Hilfe der Mitarbeiter entrümpelt werden. Für mich als kommissarischem Institutsleiter wurde ein nach hinten liegendes, ruhiges Zimmer geräumt, gesäubert und eine auf dem Korridor höchst unprofessionell und gegen alle amtlichen Vorschriften mit „Thesafilm“ befestigte Telefonleitung gelegt. Fotos der „Mitarbeiter-Putzbrigade“ mit Eimer und Aufwischer zeugen davon und sind mir ein nostalgischer Besitz. Aus Mitteln des HEPs konnten schließlich auch funktionable Möbel, PCs

und eine Telefonanlage mit mehreren Anschlüssen besorgt werden. In der Folge konnten dann auch Verhandlungen über Renovierungen der Räume beginnen. Sie zogen sich mit immer neuen Besichtigungsterminen bis zum Sommer 1993 hin. Nach Abschluss der Renovierungen und dem Ausbau weiterer Räume im Erdgeschoss für die Bibliothek war das Institut schon vor dem Umzug in die Ulmenstrasse räumlich sehr gut versorgt. Die Bibliothek selbst konnte in den folgenden Jahren aus Bundesmitteln hervorragend ausgestattet werden.

Die Lehre in Politikwissenschaft wurde Im Wintersemester 1991/92 von mir mit einer Vorlesung zur politischen Ideengeschichte für Studenten der Wirtschaftswissenschaften begonnen. Hinzu kam ein Mitarbeiterseminar über die Wende in der DDR, das in den folgenden Semestern mit wechselnden Themen und unter Beteiligung von Kollegen aus anderen Fächern wie den Philosophen Wendel und Hastedt, Politikern wie dem früheren Verteidigungsminister Prof. Dr. Apel und Vertretern des kulturellen Lebens, wie Pastor Malburg, dem Leiter der evangelischen Akademie, fortgesetzt wurde. Betreut wurden in diesem Seminar auch Doktoranden. Einer von ihnen, Dr. Schmidtbauer, der später über die Wende in Rostock promovierte, ist heute in der Ostseezeitung für die Hochschulberichterstattung zuständig. Das Mitarbeiterseminar war für mich selbst die bestmögliche Einführung in örtlichen Probleme und die Politik MVs.

Wichtig war das Mitarbeiterseminar auch für die allmähliche Integration der Mitarbeiter aus Freiburg, die ich über HEP-Mittel aus Freiburg für Zeitverträge nachholen konnte. Dass es hier lange Zeit Probleme der Verständigung gab, war vorprogrammiert und soll nicht verschwiegen werden. Schon das Mienenspiel und der Augenkontakt jeweils „untereinander“ konnte als konspirativer Akt gedeutet werden und kollektivbildend wirken. Auch in der Vorlesung merkte ich in den ersten Semestern viel Misstrauen der noch im alten System „sozialisierten“ Studenten.⁷ Ich musste mich anstrengen.

Solches Misstrauen merkte ich auch bei Begegnungen mit Rostocker Kollegen aus anderen Fakultäten. Vor allem im Bereich der Naturwissenschaften wirkten sich hier vermutlich die Verwundungen aus, die viele Dekaden ideologischer Bevormundung gegen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen hinterlassen hatten.

Für die Wahrnehmung des Öffentlichkeitsauftrags der Politikwissenschaft, für ihre Ausstrah-

⁷ Beispielhaft war für mich das deutliche Missfallen meiner Hörer als ich über die Kritik Karl Poppers am Idealstaat des griechischen Philosophen Platon referierte. Popper sieht in Platons idealem Staat mit der Absage an Individualbesitz und der geforderten ideologischen Kontrolle des Staates über die Kultur den Urtyp des totalitären Staates. Die Hörer nahmen an, ich wolle sie damit indirekt über den Kommunismus und die frühere DDR belehren. Die Situation wurde erst gerettet als ich erwähnte, dass sich die Kritik Poppers, die er 1942 in Neuseeland formulierte hat, ursprünglich gegen den Nationalsozialismus gerichtet hatte.

lung in die Universität und Stadtöffentlichkeit bemühte ich mich nach dem Muster des bekannten Colloquium Politicum der Freiburger Universität Vortragsreihen zu wichtigen aktuellen Themen für die Universität und die Stadtöffentlichkeit zu organisieren, die dann gemeinsam mit dem Rektor und dem Senat der Universität, der Landeszentrale für Politische Bildung, den verschiedenen Stiftungen oder allein vom Institut für Politikwissenschaften angekündigt und durchgeführt wurden.

Dabei wurde zunächst für das Wintersemester 1992/93 ein Podiumsgespräch über Ausländerfeindlichkeit vorgesehen. Da sich kurz vor dem geplanten Termin das Drama Lichtenhagen⁸ ereignete, konnte die Universität mit dem Podiumsgespräch, das bundesweit Beachtung fand, schnell und überzeugend auf Lichtenhagen reagieren.⁹ Auch für die anschließenden Vortragsreihen über das Staatsverständnis Deutschlands, verschiedene Aspekte der Einwanderung von Ausländern und die soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern gelang es Persönlichkeiten von Rang in Politik und Wissenschaft in die Universität zu bringen.¹⁰

Im Bereich der Lehre konnte mit Hilfe der Konrad Adenauer Stiftung schon ab Sommer 1992 durch Gastprofessoren die für ein ordnungsgemäßes Studium der Politikwissenschaft notwendige Vorlesungspalette angeboten werden. So lehrten damals die beiden im Fach hochangesehene Kollegen Prof. Dr. Steffani von der Universität Hamburg „Vergleichende Regierungslehre“ und Prof. Dr. Hirsch Weber von der Universität Mannheim „Internationale Politik“. Für Studienabschlüsse der Studenten des abgewickelten Lateinamerikainstituts der Universität konnte ich den Privatdozenten Dr. German von der Universität Eichstätt gewinnen.¹¹

Dazu kam ein breitgefächertes Studienangebot des inzwischen gewonnenen akademischen Mittelbaues. Angesichts noch geringer Studentenzahlen und des engen Gesprächsverbundes mit den Studenten und Mitarbeitern hatte ich das nostalgische Erlebnis einer Wiederkehr meiner eigenen idyllischen überaus fruchtbaren Studienbedingungen in den frühen fünfziger Jah-

⁸ Ich selbst hatte das Geschehen in Lichtenhagen in einem Wüstenfort in Quedda/Beluchistan im Fernsehen „erlebt“. Die Bilder waren damals über TV in ganz Asien verbreitet worden.

⁹ Am Colloquium waren beteiligt der Staatssekretär de Maiziere vom KM Schwerin, Prof. Dr. Maeß, der Rektor der Universität, Dr. Magdanz der Innensenator der Stadt Rostock, Frau Barbara John, die Ausländerbeauftragte des Senats der Stadt Berlin, Dr. Wolfgang Richter, der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock und ich selbst.

¹⁰ Dazu gehörten u.a. Bernhard Vogel/Thüringen, Regine Hildebrand/Brandenburg und Heinz Eggert/Sachsen.

¹¹ Allerdings gab es hier Probleme, da der Dozent, den Dr. German in der Lehre vertreten sollte, nach Ankunft Dr. Germans wieder vom Krankenbett in den Hörsaal zurückgekehrt war. Mein Angebot an die zuständige Dozentin des Lateinamerikainstituts, sie solle doch die Studenten über die Wahl ihrer Vorlesung entscheiden lassen, wurde in Wort und Schrift schroff abgelehnt („Wir bestimmen, welche Lehrveranstaltungen besucht werden dürfen.“). Als der Rostocker Kollege dann wieder erkrankte, kam die Aufforderung an mich, Dr. German solle die Vorlesung des Erkrankten nach dessen Vorgaben nunmehr fortsetzen.

ren als an meinen Heimatuniversitäten Erlangen und Freiburg jeweils nur 2000 und 4000 Studenten eingeschrieben waren und im Fach jeder jeden kannte.

Als im Sommer 1994 der erstberufene Kollege Prof. Dr. Jürgen Rüland nach Rostock kam und ihm danach bald auch die Kollegen Prof. Dr. Nikolaus Werz und Prof. Dr. Yves Bizeul folgten, waren zumindest Grundlagen gelegt für den von ihnen in den folgenden Jahren zu leistenden erfolgreichen Ausbau der Politikwissenschaft an der Rostocker Universität zu einer inzwischen angesehenen Einrichtung des Fachs in Lehre und Forschung.

4. Eine ganz persönliche Bemerkung

Im Rückblick halte ich das an der Universität Rostock und anderen akademischen Einrichtungen MVs praktizierte Modell der Erneuerung aus eigener Kraft in der Gesamtbilanz für geglückt. Dies gilt auch für den Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Die Prozeduren der Übergangszeit, der dornige Weg über Ehrenkommissionen und Überleitungen, war für die Betroffenen mit schmerzlichen individuellen Belastungen und Verletzungen verbunden. Während jedoch an anderen Universitäten der neuen Bundesländer häufig der Weg der Neugründungen auf grüner Wiese gewählt wurde, lieferte die Rostocker Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein Beispiel dafür, dass eine Erneuerung aus eigener Kraft mit subsidiärer Hilfe eine mögliche Lösung war, die nicht nur aus politisch-symbolischen und moralischen, sondern auch nach fachlichen Kriterien berechtigt war.

Ich selbst habe in diesen Jahren sehr viel Neues erlebt, dabei Erfreuliches und auch Unerfreuliches, ich habe Freunde gewonnen, vielleicht auch manchen ungewollt verletzt und zuletzt hier auch noch eine gute Frau gefunden und gewonnen.

In den alten Bundesländern ist das meiste fest eingeschliffen und eingefahren. Es gibt oft wenig Raum für Innovation. Wäre ich jünger gewesen, hätte ich gern die besseren Möglichkeiten für Gestaltung genutzt, die an dieser Universität in der Aufbauphase und vermutlich auch noch länger bestanden. Im Klartext: ich hätte mich um eine Professur in Rostock beworben und darauf gehofft, dass mich die Fakultät berufen hätte. In diesem Sinne wünsche ich der Fakultät und dem Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, dass sie auch in Zukunft ihre Chancen effektiv nutzen können. Was mich betrifft, werde ich die weitere Entwicklung mit freundschaftlichem Interesse begleiten.

Politikwissenschaft und politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern^{*}

Jakob Rösel

1. Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich zu einem Kolloquium besonderer Art erschienen sind: dem 10-jährigen Bestehen des Institutes für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Es sind, wie wir gehört haben, jetzt zehn Jahre vergangen, seit dem das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften gegründet wurde und im Sommer 1992 der Lehrbetrieb aufgenommen werden konnte. Zehn Jahre sind im Leben einer Institution eine kürzere Spanne als im Leben von Menschen, aber Institutionen, vor allem neugegründete, werden von Menschen geschaffen und geprägt und es ist das erste Jahrzehnt, das im Leben von Menschen wie von Institutionen oft das entscheidende ist. Zumindestens trösten die Erziehungswissenschaftler die ratlosen Eltern gerne mit dem Satz: Es sei leichter aus einem Neugeborenen einen Jugendlichen zu machen, als aus einem jungen Menschen einen Mozart. In Analogie ließe sich vermuten, dass das erste Jahrzehnt in der Entwicklung, im Leben eines Institutes eine größere Bedeutung annimmt als die daran anschließenden, die sozusagen „zigsten“ Jahrestage. Vor allem lässt sich eine erste Bilanz ziehen, eine Bilanz, die unter der Erfahrung steht, dass ein Fehlschlag immer ein Waisenkind ist, der Erfolg aber viele Väter hat. Aus diesem Satz ließe sich ableiten, dass die Gründung des Institutes insofern ein Erfolg war, als ich Ihnen jetzt auf diesem Podium einige dieser Väter, Verantwortlichen, ebenso wie Begleiter der ersten Institutsdekade vorstellen kann:

Da ist allen voran Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, Begründer des Institutes, Freund, eine Freundschaft, die sich insbesondere darin zeigt, dass er mir bei der dornenvollen Aufgabe beistehen wird, in den folgenden 90 Minuten Rückschau auf Institut, Politikwissenschaft und politische Bildung in MV zu halten.

Da ist Herr Wolfgang Ahner-Tönnis, langjähriger Leiter des Bildungswerkes Rostock der Konrad-Adenauer-Stiftung. Herr Ahner-Tönnis hat mit dem Institut von Anfang an eng zusammengearbeitet und insbesondere viele Seminare durchgeführt, die unseren Studenten den Blick über Deutschland hinaus auf Probleme der Dritten Welt, insbesondere Afrikas, erweitert haben.

^{*} Die Podiumsdiskussion wurde geleitet und eröffnet von Prof. Dr. Jakob Rösel.

Da ist Herr Bernd Schuster, Vorstandsmitglied der Nord LB und Ehrenkonsul von Dänemark. Auch mit Herrn Schuster hat das Institut mit Erfolg kooperiert und diese Zusammenarbeit hat den Blick, sozusagen gegenläufig, immer wieder auch auf die Probleme der Landesentwicklung gelenkt.

Vor allem aber begrüße ich drei ehemalige Studierende und Absolventen des Institutes. Hier von Kindern eines Erfolgs zu sprechen, wäre sicher anmaßend, aber wir können vielleicht daran erinnern, dass man den Wert des Baumes an seinen Früchten erkennen kann. Diese Absolventen des Institutes, die die Entstehungszeit nicht nur kontemplativ beobachtet, sondern aktiv mitgestaltet haben, sind Frau Katharina Schumacher, Sven Klüsener und Jörn Pissowotzki.

Der Ablauf der Podiumsdiskussion ist wie folgt gedacht: Die Teilnehmer der Diskussionsrunde stellen sich kurz vor, anschließend schildern die drei Absolventen des Institutes ihre Erfahrungen. Herr Ahner-Tönnis wird dann die Politikwissenschaft gewissermaßen zu ihrem idealen Ziel hin, politische Bildung, erweitern und über seine Erfahrungen in der politischen Bildung sprechen. Herr Bernd Schuster wird den Radius noch einmal erweitern und auf einen ständig präsenten, manchmal aber übersehenen Kontext, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, zu sprechen kommen. Herr Prof. Oberndörfer wird die angesprochenen drei Erfahrungshorizonte heute sozusagen am Anfang wie am ersten Etappenziel der Institutsentwicklung stehend, noch einmal miteinander verbinden.

2. Diskussionsinhalte

In der daran anschließenden Diskussion konnten die Entstehungsbedingungen des Institutes, die Vermittlungsprobleme politischer Bildung und politische und ökonomische Rahmenbedingungen der Landesentwicklung anschaulich gemacht werden.

Frau Schumacher, Herr Klüsener und Herr Pissowotzki schilderten, wie während der ersten Institutsjahre, bei anfänglich nur einem Dutzend Politikwissenschaftsstudenten, Seminare in einer fast familiären Atmosphäre durchgeführt werden konnten. Eine „face to face community“ war entstanden, die viele Aufgaben gleichzeitig zu übernehmen hatte: die räumliche Um- und Ausgestaltung des Gebäudes am Vogelsang; die Festlegung einer neuen Studienordnung und nicht zuletzt die Sicherstellung des täglichen Betriebsablaufes – „building the ship at sea“. Dabei stellten sich zahlreiche Einzelfragen ein: Der Aufbau einer neuen Bibliothek, die Sicherstellung funktionierender Telefonanschlüsse, die Entsorgung gemütlicher, aber nicht mehr vollständig funktionsfähiger DDR-Sofas und anderer Möbelstücke. Umbau und Ausbau

schufen eine Atmosphäre, in der Mitarbeiter und Studenten nicht nur als „zoon politicon“, sondern auch als „homo faber“ und oft genug als „homo ludens“ gefragt waren. Insgesamt sahen sich die drei Absolventen durch diese Erfahrungen der Improvisation, der aktiv mitgestalteten Seminare und eines breitgefächerten Lehrangebotes für ihre künftigen Berufe besser vorbereitet, als durch ein weitgehend verschultes und anonymes Studium. Ein bis dato unbekannter Umgang mit Büchern und Theorien war möglich geworden, der das Diktum Oscar Wilde's unterstrich: „Auf seine eigene Art zu denken ist nicht eigennützig, man denkt auf seine Art oder gar nicht.“

Herr Ahner-Tönnis hob in der Diskussion den Stellenwert politischer Bildung in Transitions- und Demokratisierungsprozessen hervor und verwies zugleich auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Förderung und Vermittlung politischer Bildung einstellen. Auch in MV musste sich die politische Bildungsarbeit auf Institutionen, Medien und Zuhörerschaften stützen, die selbst im Prozess des Aufbaus oder der Neuorientierung standen. Politische Bildungsarbeit sollte idealerweise einen Grad des politischen Wissens, Interesses und Engagements sicherstellen, der sie am Ende selbst unnötig macht. Politische Bildungsarbeit in MV sieht sich aber mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass die Medien, insbesondere die Lokalzeitungen der Politik und vor allem Veranstaltungen der politische Bildungsarbeit keinen zentralen Stellenwert einräumen. Politische Bildungsarbeit bleibt immer noch auf begrenzte Zuhörerschaften angewiesen. Gleichwohl zeigt sich bei der politischen Bildungs(zusammen)arbeit mit Schulen, Jugendverbänden und Jugendlichen ein zunehmendes Interesse.

Herr Bernd Schuster erinnerte daran, welche große Herausforderungen und Chancen sich mit der Wiedervereinigung eingestellt hatten. Er, aus Schwaben kommend, empfand es als große Chance, im Rahmen einer neuen Berufsstellung bei der Nord LB an dieser ökonomischen ebenso wie politischen Transformation teilnehmen zu können. Zwar seien bei der Umgestaltung und Erneuerung der Wirtschaftsstruktur MVs große Erfolge zu verbuchen, doch mit der Norderweiterung und der künftigen Osterweiterung der EU seien neue Entwicklungspotenziale und -herausforderungen entstanden, die bislang noch nicht angemessen erkannt oder genutzt worden seien. Bereits jetzt ist die Ostsee weitgehend zu einem Binnenmeer geworden, damit bestünden Chancen der Expansion, Vernetzung und Innovation, die noch stärker aufgegriffen werden müssten. Kann Wissenschaft, können Universitäten diese Prozesse der ökonomischen Transformation und Neuorientierung unterstützen? Die künftig expandierenden Wirtschaftszweige, das zeigt sich in zunehmendem Maße auch in MV – „BioCon Valley“ –, stützen sich auf Grundlagenforschung, neue Technologien und Humankapital. Diese neue

Entwicklungsrichtung der Wirtschaft verlangt allerdings auch den Universitäten neue Orientierungsmuster und Prioritäten ab.

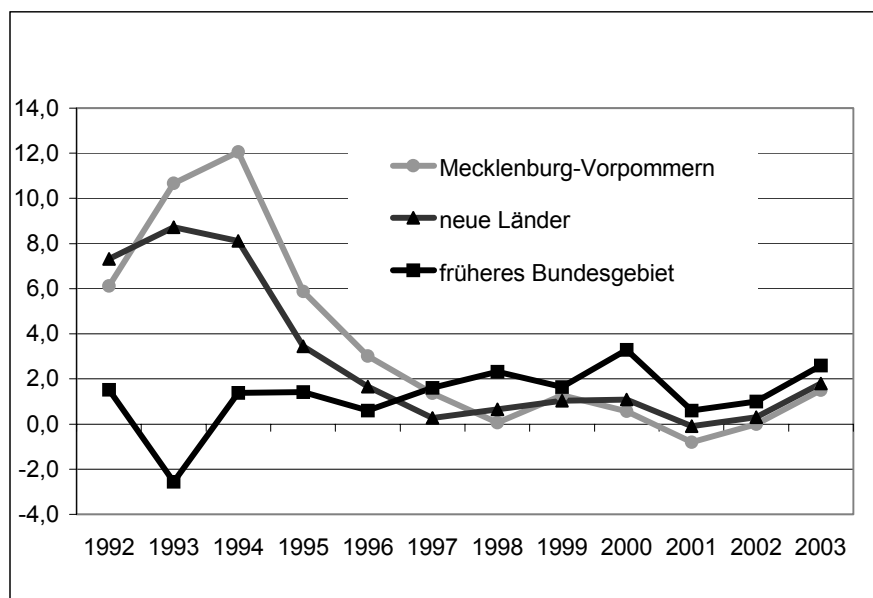
Die Diskussion schloss mit Fragen aus dem Publikum, die insbesondere dem Wechsel- oder Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik nachgingen.

Entwicklungen in der Wirtschaftsstruktur Mecklenburg-Vorpommerns*

Bernd Schuster

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wiesen die neuen Bundesländer durch den enormen Investitionsbedarf in Infrastruktur, Maschinen und Anlagen überdurchschnittlich hohe, teilweise zweistellige Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes auf. MV realisierte in dieser Zeit hohe Wachstumsraten, die zum Teil über dem ostdeutschen Durchschnitt lagen. Nach den ersten fünf Jahren schwächte sich das Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern ab, seit 1997 liegt es unterhalb des westdeutschen Niveaus. Dies ist insbesondere auf den Abbau von Überkapazitäten in der Bauwirtschaft und im öffentlichen Sektor zurückzuführen, die durch positive Ergebnisse in der Industrie und den unternehmensbezogenen Dienstleistungen nicht kompensiert werden können. Auf Grund der geringen industriellen Basis lag das gesamtwirtschaftliche Wachstum MVs seit 1997 in der Regel unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Für das laufende und das kommende Jahr erwarten wir in den neuen Bundesländern weiterhin eine schwächere Entwicklung als im früheren Bundesgebiet (Abb. 1).¹

Abb. 1: Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: VGR der Länder, Prognose der Länder

* Erweiterte Fassung der Kommentare in der Podiumsdiskussion „Politikwissenschaft und politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“.

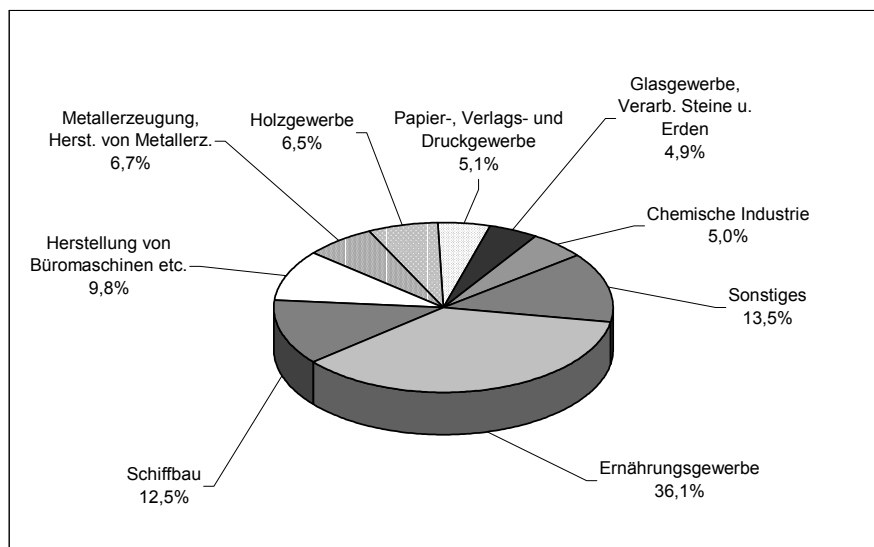
¹ Diese Einschätzung wurde vor dem Eintreten der Hochwasserschäden und den entsprechenden Zusagen für Investitionshilfen abgegeben.

Hinter dem Verlauf des Wirtschaftswachstums verbergen sich erhebliche Anpassungsprozesse einzelner Wirtschaftsbereiche, die einerseits mit Arbeitsplatzverlusten infolge von Unternehmensschrumpfungen und -schließungen, andererseits mit der Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen einher gingen. Dies wird bei der Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Zeitverlauf 1991 bis 2001 deutlich, wobei jedoch zu beachten ist, dass die größten wirtschaftlichen Umbrüche bereits vor 1991 stattfanden.

Der Vergleich der Wirtschaftsstrukturen der alten Bundesländer mit denen der neuen Bundesländer und MV zeigt heute noch auffallende Unterschiede, die sich in den nächsten Jahren weiter verringern werden, ohne jedoch ganz ausgeglichen zu werden.

Der industrielle Sektor (verarbeitendes Gewerbe, Energie sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) hat in den neuen Bundesländern generell ein geringeres Gewicht als im früheren Bundesgebiet. In MV ist die Industrie unter den neuen Bundesländern am schwächsten vertreten. Schwerpunkte sind hier das Ernährungsgewerbe und der Schiffbau (Abb. 2).

Abb. 2: Industriestruktur in MV



In der Industrie MVs waren im Jahr 2001 rund 48.600 Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten tätig. Insgesamt wurde ein Umsatz von rund 8,2 Mrd. Euro erzielt. Gegenüber 2000 bedeutete dies einen Zuwachs um 8,3 v. H. Die Exportquote der Industrie lag mit 20,9 v.H. leicht unter Vorjahresniveau (21,6 v.H.). Insgesamt ist dies eine überaus positive Entwicklung, die jedoch aufgrund des anhaltenden Strukturwandels in der Bauwirtschaft im Gesamtergebnis des Wirtschaftswachstums nicht ausreichend zum Ausdruck kommt.

Rund 30 v. H. der Beschäftigten waren im Jahr 2001 allein im Ernährungsgewerbe tätig, das seinen Umsatz um 12,2 v. H. steigerte. Die Potenziale der Ernährungswirtschaft in MV hängen u.a. davon ab, inwieweit sich die Unternehmen an den künftigen Verbrauchertrends bei-

spielsweise in Richtung „Convenience Food“ oder „Functional Food“ orientieren und es schaffen, in großen Handelsketten gelistet zu werden. Zusätzliche Potenziale werden beim Export von Nahrungsmitteln gesehen.

Im Schiffbau, in dem etwa jeder neunte Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes seinen Arbeitsplatz hat, sank der Umsatz 2001 gegenüber dem Vorjahr um 3,2 v.H. Im Rahmen der Erhaltung der industriellen Kerne wurden in den zurückliegenden Jahren in den Schiffbau mit 1,4 Mrd. Euro fast ein Viertel aller Investitionen im verarbeitenden Gewerbe getätigt, so dass international wettbewerbsfähige Werften entstehen konnten. Allerdings besteht besonders beim Containerschiffbau weiterhin starker Wettbewerbsdruck vornehmlich durch koreanische Werften.

Die zukünftige Entwicklung hängt stark davon ab, inwieweit MVs Werften Segmente wie den Passagier- und Spezialschiffbau ausdehnen und gegen Konkurrenten verteidigen können. Werftenverbünde im Ostseeraum mit entsprechender Arbeitsteilung sind bei der Akquisition von Aufträgen hilfreich. Darüber hinaus müssen in der maritimen Wirtschaft vertikale Netzwerke zwischen Werften, Zulieferern, Technologie- und Ingenieurbüros geschaffen werden, um Innovationssprünge und damit Wettbewerbsvorteile zu erreichen.

Stärker vertreten als in den anderen neuen Bundesländern ist aufgrund der Bedeutung der See- und Binnenschifffahrt sowie des Tourismus der Zweig *Handel, Gastgewerbe und Verkehr*. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Der Tourismus ist in MV als zusätzliches Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Neben den Gast- und Beherbergungsbetrieben profitieren auch Handel und Dienstleister durch zusätzliche Kaufkraft, die über die Touristen ins Land kommt. In den vergangenen Jahren wurden kontinuierliche Zuwächse bei den Gäste- und Übernachtungszahlen realisiert. Die Zahl der Übernachtungen stieg 2001 um 8,3 Prozent auf 19,8 Mio. (Deutschland +0,2 Prozent auf 298 Mio.), die Ankünfte erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 6,5 Prozent auf 4,5 Mio. Besonders beliebt waren im letzten Jahr die Mecklenburgische Schweiz und die Seenplatte. Auf die Heil- und Seebäder, Luftkurorte und Erholungsorte entfielen 2001, bei einer Steigerung von einem Zehntel, mehr als zwei Drittel aller Übernachtungen. Die erfolgreiche Entwicklung ist u.a. auf das Engagement in den Bereichen Qualitätsoffensive und Maritimer Tourismus zurückzuführen.

Das Gewicht der *Bauwirtschaft* liegt in MV leicht über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder. In den neuen Ländern ist der Anteil dieses Sektors an der Bruttowertschöpfung gut doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern, was darauf schließen lässt, dass trotz noch bestehender Nachholbedarfe bei der Infrastruktur zukünftig noch weitere Überkapazitäten abgebaut werden.

Der Anteil am BIP, der in Westdeutschland sehr dynamischen *unternehmensorientierten Dienstleistungen, Vermietung und Finanzierung*, liegt in MV in etwa im Durchschnitt der neuen Bundesländer. Darunter ist der Bereich der Finanzierung eher unterrepräsentiert, da große Banken und Versicherungen ihre Zentralen nicht im Land haben. Unternehmensdienstleistungen sind weiter zu stärken, jedoch fehlen die Zentralen, die solche Dienstleistungen schwerpunktmäßig in Auftrag geben. Gegenüber Westdeutschland besteht noch „Aufholbedarf“, obwohl der Bereich auch in MV in den vergangenen Jahren gewachsen ist.

Der Bereich der *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei* trägt in MV überdurchschnittlich zur Wertschöpfung bei, was aufgrund der wettbewerbsfähigen Strukturen in der Landwirtschaft zunächst so bleiben wird. Die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in MV werden wie auch in allen anderen Bundesländern durch die Osterweiterung der EU und die Agrarreform der Agenda 2000 verändert. Insgesamt hat MV eine sehr gute Ausgangsposition für die weitere Entwicklung in diesem Bereich. Vorteilhaft wirkt sich vor allem die Betriebsgrößenstruktur aus, die den Betrieben in MV eine hohe Produktivität ermöglicht.

Innovationsfeld Biotechnologie

Ergänzend zu den bestehenden wirtschaftlichen Schwerpunkten des Landes – Maritime Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft – wird der Bereich Biotechnologie in MV zielgerichtet ausgebaut. Aufbauend auf der BioRegio-Initiative des Bundesministeriums für Bildung, Forschung und Wissenschaft von 1995 wird in MV mit der Initiative BioConValley an die Aktivitäten der BioRegio Greifswald- Rostock angeknüpft. Im BioConValley-Verein sind etwa 55 Mitglieder (Firmen, Hochschulen, FuE-Einrichtungen, Dienstleister, Krankenhäuser usw.) vertreten. Die dazugehörige GmbH wird zu 51 Prozent vom Land, zu 27 Prozent vom Verein BioConValley, zu 20 Prozent von Banken und zu 2 Prozent von privaten Teilhabern getragen. Ziele der Initiative sind der Aufbau regionaler Netzwerke, die Unterstützung der Biotech-Unternehmen durch Marketing und Lobbyarbeit, die Einwerbung von nationalen und internationalen Investoren aus der Biotech-Branche, Öffentlichkeitsarbeit für Biotechnologie sowie eine branchenspezifische regionale Wirtschaftsförderung.

In MV gibt es im Bereich der Biotechnologie insgesamt 74 Unternehmen mit ca. 1.500 Beschäftigten. Im Vergleich zu anderen Standorten ist diese absolute Zahl zwar noch gering, beachtlich wird sie jedoch, wenn man sie auf die Einwohnerzahl des Landes bezieht. Dann steht MV in Deutschland nach Berlin an zweiter Stelle. Hier gilt es in Zukunft ein enges Netzwerk zwischen den Institutionen und Unternehmen zu knüpfen, die sich mit Biotechno-

logie beschäftigten. MV verfügt schließlich über zwei Universitäten und drei Fachhochschulen mit biotechnologischer Forschung, über drei Biotechnologie nahe Forschungseinrichtungen und über mehr als zehn Kompetenzzentren im Bereich der Life-Sciences.

Strategien der Wirtschaftspolitik

Generell verfügen die neuen Bundesländer immer noch über spezifische Gemeinsamkeiten, wie z.B. den hohen Anteil der Bauwirtschaft oder des öffentlichen Sektors in der Wirtschaftsstruktur. Gleichzeitig wird es zukünftig zur Ausprägung von Regionen mit differenzierten Entwicklungsverläufen quer durch Ostdeutschland kommen, wie es in Westdeutschland bereits der Fall ist. Schon jetzt zeichnen sich in den neuen Bundesländern unterschiedliche Entwicklungspfade ab.

In der globalisierten Wirtschaft stehen die Regionen mit ihrer Fähigkeit, sich im Wettbewerb zu behaupten, im Vordergrund. Neue Produktionsstrukturen – weg von der industriellen Massenproduktion hin zur flexiblen Qualitätsproduktion – stellen hohe Anforderungen an die Fähigkeit der Unternehmen zu technischer und organisatorischer Innovation. Damit steigen die Ansprüche an die Qualifikation der Mitarbeiter, die Organisationsstrukturen und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Mit den kleineren Betriebsgrößen und den modern ausgestatteten Unternehmen liegen in den neuen Bundesländern spezifische Stärken vor.

Mehr und mehr werden innerhalb einer Branche sogenannte Cluster, lokale Netzwerke aus wissenschaftlichen Instituten, Dienstleistern und Unternehmen konkurrieren. Eindrucksvolle Beispiele hierfür sind der Raum Dresden für die Mikroelektronik, der Raum Jena für die Optik oder die Region Greifwald/Rostock für die Biotechnologie. Die Unterstützung und der strategische Aufbau solcher Cluster durch Wirtschaftspolitik z.B. über Wettbewerbe ist sinnvoll, wenn sich die Cluster an den endogenen Potenzialen der Regionen orientieren. Gleichzeitig kann der Ausbau der Forschungs- und Qualifizierungslandschaft, die Verbesserung der betrieblichen Kooperation oder die gezielte Unterstützung von Existenzgründungen in Hinblick auf das Cluster unterstützend wirken. Dies bedeutet letztlich eine Abkehr von einer einheitlichen Förderung hin zu maßgeschneiderten Förderstrategien für Regionen und deren spezifischen Problemen und Potenzialen. Eine Profilbildung der Regionen ist erstrebenswert, um die spezifischen Stärken nach außen und innen zu kommunizieren. Auch die Handlungsspielräume bei den Arbeitsämtern vor Ort sollten hinsichtlich der Entwicklung neuer Arbeitsmarktmodelle und -maßnahmen genutzt werden, um entsprechend der durchaus unterschiedlichen Problemsituationen in den Regionen arbeitsmarktpolitische Instrumente neu-

oder weiterzuentwickeln und in Modellversuchen auszuprobieren sowie um zu innovativen Problemlösungen zu kommen.

Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder

Dieter Schröder: Politikwissenschaft und politische Praxis^{*}

Nikolaus Werz

Magnifizenz, Frau Ministerin, Herr Minister, Herr Präsident der Bürgerschaft, Spektabilitäten, Herr Konsul, sehr geehrte Ehrengäste, liebe Kommilitonen und Kollegen, sehr geehrter Herr Prof. Schröder.

Als Sie vor einigen Wochen von dem erfuhren, was die Universität „ins Werk zu setzen“ sich anschickte, äußerten Sie den Wunsch, dass der nun folgende Teil ganz außerordentlich kurz ausfallen möge. Aus Gründen der Tradition kann allerdings nicht darauf verzichtet werden. Die Ausführungen sind in vier Abschnitte gegliedert:

1. Von Schule und Studium in den Beruf

Dieter Schröder wird am 25.11.1935 in Lübeck geboren. Das Gymnasium, das er von 1947 bis 1956 besuchte, dürfte vielen bekannt sein, denn es ist in „Tonio Kröger“ eindrucksvoll, wenn auch eher kritisch beschrieben. „Da er daheim seine Zeit vertat, beim Unterricht langsamen und abgewandten Geistes war und bei den Lehrern schlecht angeschrieben stand, so brachte er beständig die erbärmlichsten Zensuren nach Hause ...“¹, weshalb Thomas Mann den eigenen vorzeitigen Abgang vom Katharineum als Befreiung empfand. Bei unserem Laureaten ist es anders gewesen; sein Abiturzeugnis signalisiert bereits Interessenschwerpunkte. Die Jahresarbeit in Geschichte trägt den Titel: „Versuch einer Erklärung für das Fehlen des Dritten Standes im Russland der Zarenzeit“ und wurde mit „sehr gut“ benotet. Im Abschlusszeugnis wird hervorgehoben, dass er sich als Schulsprecher und Landesschulsprecher von Schleswig-Holstein besonders bewährt und dabei „Energie und Organisationstalent bewiesen hat.“ Nach dem Erlangen der Hochschulreife 1956 nimmt er das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Hamburg auf, drei Semester studiert er in Marburg/Lahn, um bereits nach sieben Semestern 1960 die Erste Juristische Staatsprüfung in Hamburg abzulegen. Daneben zeigt er auch Interesse an den Fächern Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft.

^{*} Laudatio für Prof. Dr. Dieter Schröder anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Rostock am 10.05.2002 in der Aula der Universität.

¹ Thomas Mann, Tonio Kröger, Berlin 1972, S. 7.

Zwischen 1960 und 1964 ist er freier Mitarbeiter beim „Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands“ und zeitweilig Referendar beim Landrat des Kreises Storman und beim Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg. 1961 erfolgt die Eheschließung mit Eva Lammers. Er beginnt seine Promotion über „Die These vom Absterben des Staates im Marxismus-Leninismus und die Verfassungs- und Verwaltungsordnung in Mitteldeutschland“, die er 1964 bei Prof. Dr. Herbert Krüger abschließt. Als seine wissenschaftliche Herkunft wird deshalb auch die „Reederei Krüger“ angegeben. Zwischen 1965 und 1969 ist er Referent für Verfassungsentwicklung und Internationale Beziehungen der neuen Staaten in Übersee an der Verfassungsstelle für Völkerrecht und Ausländisches Öffentliches Recht der Universität Hamburg und damit im Grenzbereich von Recht und Politikwissenschaft beschäftigt.

Von der Hansestadt führt ihn der Weg 1969 nach Berlin, wo er zunächst Referent und ab 1972 Referatsleiter für „Berlin-Politik ausländischer Staaten“ in der Senatskanzlei wird. Nach der Beförderung zum Regierungsdirektor 1972 wird er zum Wintersemester Lehrbeauftragter am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. Dort habilitiert er 1973 und wird Privatdozent. Sein Habilitationsvortrag handelt von der Lern- und Reformverweigerung bürokratischer Apparate und trägt den Titel: „Planung und Bürokratie – Ein Vergleich der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und den USA.“ Während der 70er und 80er Jahre hat Dieter Schröder wichtige Aufgaben im Bereich der Berlin-Politik und der Ost-West-Fragen übernommen. In den 80er Jahren ist er u.a. Beauftragter des Vorsitzenden der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages für Kontakte in humanitären Fragen zum Büro des Staatsratsvorsitzenden der DDR. Zwischen 1983 und 1989 organisiert und begleitet er die alljährlichen Begegnungen zwischen Dr. Hans-Jochen Vogel und Erich Honecker. 1984 wird er zum außerplanmäßigen Professor für Politische Wissenschaft an der FU-Berlin ernannt, wo er zwischen 1985 und 1989 als Vollzeit-Professor ein Forschungsprojekt zur Sammlung und Veröffentlichung des geltenden Besatzungsrechtes durchführt, das später eine wichtige Grundlage im Prozess der deutschen Einheit abgeben sollte. Zu den von ihm in seiner Berliner Zeit geprüften Studenten gehört u.a. der Greifswalder Professor für Politikwissenschaft Hubertus Buchstein.

1989 wird er Staatssekretär und Chef der Senatskanzlei Berlin. Er ist Leiter der Berliner Delegation im provisorischen Regionalausschuss Berlin-Brandenburg. Es folgen die – nicht nur von ihm – „unerwarteten Jahre“: 1990 hat er als Vertreter Berlins in der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag unmittelbaren Anteil am Prozess der deutschen Einheit.

Von seinen vielfältigen Tätigkeiten in den 90er Jahren sei hier nur die Mitwirkung bei der Lehre im Ergänzungsstudium Sozialkunde für Lehrerinnen und Lehrer aus den neuen Ländern an der TU Berlin und der Universität Potsdam erwähnt. Und als sich im Februar 1990 eine Rostocker Initiative für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland bildete, war Dieter Schröder der juristische Berater. Der Vorstoß für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes fand allerdings bei der SPD im Bund keine Unterstützung.² 1993 bis 1995 amtiert er in einer schwierigen Zeit als Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock. Als Mitglied des Koalitionsausschusses zwischen 1994 und 1998 hat er an der politischen Entwicklung im Land MV unter einer Koalition aus CDU und SPD beratend teilgenommen. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist er u.a. als 1. Vorsitzender der Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock e.V. und als Lehrbeauftragter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften tätig. Als Vorsitzender der Gesellschaft hat er sich besonders um den Beitritt von Vertretern der Städte und von Industrieunternehmen bemüht. Seit 1998 ist er Mitglied der vom Landtag MV in der 3. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“.

2. Das wissenschaftliche Werk

Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen umfassen unterschiedliche Bereiche, wobei einige Fragestellungen eine Art Leitmotiv bilden. Schon in seinem Buch „Die These vom Absterben des Staates im Marxismus-Leninismus ...“ von 1964 überprüft er die Theorie an der Praxis. Das einleitende Kapitel konstatiert einen Unterschied zwischen der Marxschen Erwartung einer baldigen Aufhebung des Klassenstaates nach der proletarischen Revolution und der Forderung der „späteren sogenannten Marxisten von einem langen Übergangszeitraum“.³ Ihn beschäftigt u.a. die Marxsche Vorstellung, dass die Kommunalverfassung bei voller Entfaltung den Staat als Klassenstaat aufheben könne. Das Ergebnis fällt negativ aus: Statt eines Absterbens erfolgte in Mitteldeutschland ein Erstarken des Staates, was er letztlich in der menschlichen Natur begründet sieht. Da sich die Vorstellungen der Menschen unter kommunistischen Verhältnissen nicht einfach wandeln, „sind die sowjetischen Machthaber gezwun-

² Vgl. Dieter Schröder, Die Rostocker Initiative für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, in Universität Rostock (Hg.), Herbst 89 – die Wende in Rostock. Zeitzeugen erinnern sich, Rostock 1999, S. 73-77; Nikolaus Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Ders./Hans Jörg Hennecke (Hg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 74.

³ Dieter Schröder, Die These vom Absterben des Staates im Marxismus-Leninismus und die gegenwärtige Verfassungs- und Verwaltungsordnung in Mitteldeutschland, Hamburg 1964, S. 98.

gen, diese Menschen mit Gewalt, das heißt mit der organisierten Macht des Staates, in ihr Schema zu pressen, wenn sie nicht ihre These aufgeben wollen.“⁴

In den 60er Jahren weitet er im Zuge seiner Tätigkeit in Hamburg seinen Forschungsbereich aus. In der Publikation „Der freie Zugang der Binnenstaaten zum Meer – die internationalen Übereinkommen“⁵ werden, ausgehend von der Annahme einer erhebenden Wirkung des Meeres auf den Menschen, verschiedene Stationen dieses Verhältnisses seit dem 18. Jahrhundert und Länder wie Bolivien und Afghanistan behandelt. Die Frage des freien Zugangs wendet er in der Folgezeit in zahlreichen Aufsätzen auf die Rechtslage des Verkehrs von und nach Berlin an. Resultierend aus dem Blockgegensatz entstanden hier die beiden hypothetischen Modelle von Berlin (West) als Exklave einer „deutschen Bundesrepublik“ im Gebiet der „DDR“ einerseits und der „freien Stadt Westberlin“ als Enklave im Gebiet der „DDR“ andererseits.⁶ Die rechtlichen Konsequenzen einer Anerkennung der „DDR“ für Berlin beurteilte er 1967 noch skeptisch: Kaum ein Staat in der Welt habe der Versuchung widerstehen können, sich einen von ihm abhängigen Staat auch wirklich zu unterwerfen. „Vom Standpunkt Berlins aus hat eine Anerkennung des mitteldeutschen Gemeinwesens als Staat seitens der Bundesrepublik also nur Sinn, wenn sie sofort zur Wiedervereinigung Deutschlands führt.“⁷

Eine bemerkenswerte Studie erschien 1968 mit dem Titel „Die Konferenzen der 'Dritten Welt'“⁸. Schröder äußert sich hier zu einem Zeitpunkt, als die Karriere des Begriffes „Dritte Welt“ gerade erst einsetzte, bereits skeptisch über seine Aussagekraft. Er spricht von der Fiktion einer „Dritten Welt“. Seit der Bandung-Konferenz 1955 hat – so der Befund – die Zusammenarbeit innerhalb der „Dritten Welt“ nachgelassen. Vielfach werde das Interesse an einer Teilnahme an der Weltpolitik schon als Ausdruck einer politischen Gemeinschaft „Dritte Welt“ missverstanden. Frühzeitig konstatiert er eine Schwäche des Kommunikationssystems in den Staaten der südlichen Hemisphäre und eine Neigung zu schönen Konventionen.

An der Gründung der sowohl für die Politikwissenschaft als auch die Regionalwissenschaften außerordentlich wichtigen Zeitschrift „Verfassung und Recht in Übersee“ beteiligt er sich 1968 aktiv. In der ersten Nummer ist Schröder im unmittelbaren Anschluss an den programmatischen Aufsatz des langjährigen Herausgebers Herbert Krüger mit einem Text zur „Bun-

⁴ Ebd., S. 173.

⁵ Dieter Schröder, Der freie Zugang der Binnenstaaten zum Meer, (Werkhefte Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Heft 15), Hamburg 1966.

⁶ Ders., Die Bedeutung der Drei-Staaten-These für die Rechtslage des Verkehrs von und nach Berlin, in: Recht in Ost und West, Heft 3/1967, Berlin 1967, S. 105.

⁷ Ders., Rechtliche Konsequenzen einer Anerkennung der „DDR“ für Berlin, in: Recht und Politik, Heft 4/1967, Berlin 1967, S. 122.

⁸ Ders., Die Konferenzen der „Dritten Welt“, (Darstellungen zur Auswärtigen Politik, hrsg. von Prof. Dr. Herbert Krüger, Bd. 7), Hamburg 1968.

desstaatlichkeit in Nigeria“ vertreten. Mehrere Jahre wirkt er als geschäftsführender Redakteur der Zeitschrift. Zwischen 1986 und 1992 ist er Mitherausgeber der Zeitschrift „Recht in Ost und West“.

Seit den 70er Jahren hat er sich verstärkt Ost-West-Fragen zugewandt. In seinem Buch „Die Volksdiplomatie“⁹ geht es ihm um die Überwindung der traditionellen Diplomatie hin zu stärkeren Begegnungen zwischen den Völkern. Dieser Text zeigt einmal mehr die enge Verbindung zwischen wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse und politischer Praxis. Einige seiner Publikationen haben Kontroversen hervorgerufen, z.B. seine Darstellung des Streits um die Elbe-Grenze. Der „Spiegel“ schrieb dazu: „Der sinnlose Streit um die Elbe-Grenze erscheint dem Wissenschaftler als Beispiel für einen typisch deutschen Hang – die 'Tendenz, sich in Theorien zu ergehen' zitiert Schröder einen britischen Kollegen, und 'zu proklamieren, wo allein die kritische Prüfung diplomatischer Urkunden von juristischem Nutzen ist“.“¹⁰ In dem Vorwort zu dem Buch formuliert der Autor sein wissenschaftliches Interesse u.a. in der „Verbindung von deutschem Theorievergnügen und englischem Pragmatismus“.¹¹ Gerade zum richtigen Zeitpunkt erscheint 1990 das von ihm herausgegebene und bereits erwähnte Buch „Das geltende Besatzungsrecht“.

Das umfangreiche Schriftenverzeichnis von Prof. Schröder umfasst über 80 Titel. Neben den Monographien und wissenschaftlichen Aufsätzen stehen längere Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der „Zeit“ und der „Frankfurter Rundschau“. Hierbei hat er die gesamtdeutschen Herausforderungen stets mit Nachdruck benannt, etwa in einem Zeitungsartikel vom Herbst 1989 mit dem Titel: „Die Perestroika im Osten fordert auch vom Westen Opfer“. Dort heißt es: „Bei einer Wiedervereinigung Deutschlands ... würde ein Reparationslastenausgleich zwischen den Teilen Deutschlands erfolgen müssen“.¹²

Neben den frühen Artikeln zu Verfassung und Recht in Übersee stehen Aufsätze zu Fragen der deutschen Einheit, zu Berlin und seit den 1990er Jahren zur politischen Entwicklung im Nordosten. Besondere Erwähnung verdient der von ihm und anderen herausgegebene Kommentar „Kommunalverfassungsrecht Mecklenburg-Vorpommern“.¹³ Seine schriftlichen und mündlichen Beiträge zeichnen sich durch Klarheit der Sprache, Präzision und eine angelsächsische Nüchternheit aus. In den vergangenen Jahren hat er u.a. im Rahmen von Forschungs-

⁹ Ders., Die Volksdiplomatie, (Studien zur Regierungslehre und Internationalen Politik, hrsg. von Klaus von Beyme u.a., Bd. IV), Den Haag 1972.

¹⁰ Der Spiegel, Nr. 20, 1986.

¹¹ Dieter Schröder, Die Elbe-Grenze, Baden-Baden 1986, S. 12.

¹² Frankfurter Rundschau, 18.9.1989.

¹³ Dieter Schröder (Hg.) u.a., Kommunalverfassungsrecht Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 1995ff.

vorhaben am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften Aufsätze vorgelegt, die sich mit der Kommunalverwaltung und deren Reform in MV auseinandersetzen.¹⁴ Seine Lehrtätigkeit stellt eine wichtige wissenschaftliche und intellektuelle Bereicherung des Lehrprogramms der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät dar. Die Vorlesung „Politik und Recht“ wird an der Universität Rostock von vielen Kommilitonen besucht, seine Hauptseminare zur „Verwaltungs- und Kommunalpolitik“ sind eine wichtige Ergänzung des Lehrangebots, zumal die im Titel des Institutes enthaltene Professur für Verwaltungswissenschaften bislang nicht ausgeschrieben wurde.

3. Wissenschaft und Praxis

Wie in allen Wissenschaften besteht auch in der Politikwissenschaft und möglicherweise hier besonders eine Spannung zwischen Theorie und Praxis. Während die szientistische Ausrichtung die Politikwissenschaft als weitgehend theoretisches Anliegen begreift, erkennt die anwendungsorientierte Strömung ihre Aufgabe auch im Vordenken für die politische Praxis. Ihr geht es um die Frage, „was im Licht des Möglichen und wünschbar Guten geschehen solle und könne“, wie es der hier anwesende Gründungsdekan Professor Dieter Oberndörfer in seiner Antrittsvorlesung 1961 formuliert hat.¹⁵

Dieter Schröder hat sich, auf soliden staatstheoretischen und verwaltungswissenschaftlichen Fundamenten stehend, einer praxisorientierten Auslegung des Faches nie verschlossen. Seine profunden Analysen zu Verfassung und Politik in Übersee zeugen ebenso davon wie seine späteren Arbeiten zur Verwaltung. Er folgt dabei der Devise, dass die Fragen nicht allein in der Theorie entstehen, sondern aus konkreten Aufgaben und Herausforderungen resultieren, denen man sich nicht verschließen kann und darf. Nach seinen substanziellen Beiträgen zur Berlin-Politik und zum Besatzungsrecht hat er sich in den 90er Jahren vor allem Fragestellungen im Land MV zugewandt.

Seit 1997 hatten Studenten und Mitarbeiter des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften die Chance, Professor Schröder als Lehrbeauftragten kennen- und schätzen zu lernen. Wir treten ihm hoffentlich nicht zu nahe, wenn wir konstatieren, dass seine durch und durch

¹⁴ Vgl. Ders., Kommunen im Umbruch: Das Beispiel Rostock, in: Nikolaus Werz/Jochen Schmidt (Hg.), Mecklenburg-Vorpommern im Wandel, München 1998, S. 116-134; Ders., Mecklenburg-Vorpommern als Strukturproblem in einer Republik der Städte – z.B. die kommunalen Strukturen, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hg.), a.a.O., S. 239-267; Ders. u.a., Peripherer ländlicher Raum – z.B. der Landkreis Demmin, (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung Heft 16), Rostock 2002.

¹⁵ Dieter Oberndörfer, Politik als praktische Wissenschaft, in: Ders. (Hg.), Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in die Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg 1962, S. 145.

hanseatische Erscheinung nicht unmittelbar den Einblick auf die private Person eröffnet. Was den eigenen Anteil an der sachkundigen Vorbereitung wichtiger politischer Entscheidungen anbelangt, würde ich – bei allem Respekt vor der von ihm gepflegten wohlthuenden Zurückhaltung – nicht zögern, ihn als systematischen Untertreiber zu bezeichnen.

Erhellend kann hier eine anlässlich seines 60. Geburtstages erschienene Festschrift mit dem Titel „Ein Rathaus Herr“¹⁶ wirken, zu der nicht weniger als 47 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und ehemalige Mitarbeiter Beiträge geliefert haben. Gestatten Sie, dass hier einzelne Passagen wörtlich zitiert werden. Eine langjährige Mitarbeiterin schildert die erste Begegnung folgendermaßen: „Es muß 1983 gewesen sein, als ich Dieter Schröder zum ersten Mal begegnete, und da traf ihn auch gleich die ganze Wucht meiner jugendlichen Vorurteile: 'Der hat sich wohl verlaufen', dachte ich, als ich diese tiefbürgerliche Erscheinung sah: Ein Beamter der höheren Klasse.“ Schnell werden die Vorzüge dieser „Form von Wohlerzogenheit“ erkennbar, unter anderem in dem verlässlichen Offenhalten von Türen – immer im direkten personalen Vergleich mit anderen Fraktionskollegen und schließlich bei der Frage „Verführung durch die Macht“, die offenbar auch vor einigen Mitgliedern der damaligen rot-grünen Koalition in Berlin nicht ganz Halt machte. Der Bericht von Doris Petersen endet mit dem Satz: „In diesem ganzen Umfeld gab es nur einen Menschen, der erfolgreich Widerstand leistete und unverändert er selbst blieb: Dieter Schröder.“

Die Stellungnahmen von Kollegen und prominenten Zeitgenossen komplettieren das Bild: Da ist von einem „grundsoliden norddeutschen Fundament“ (Wilhelm Wiegrefe) die Rede und von seiner wichtigen Rolle 1989 nach der Bildung der rot/grünen Koalition in Berlin¹⁷: „Jemand wie er war in dieser Koalition besonders wichtig – als Vertrauensperson der Alliierten, die insbesondere dem grünen Bündnispartner arg misstrauten. Zwischen den jungen Turnschuhstaatssekretären und den bunt gewandeten Senatsfrauen schien ihnen der stets korrekt gekleidete CdS Schröder wohl als Fels in der Brandung!“ (Reiner Nittka). Ministerpräsident Manfred Stolpe zählt ihn zu den „wenigen Ganz-Deutschland-Kennern“ und setzt mit Blick auf seine verschwiegene Tätigkeit zwischen Ost und West hinzu: „Eine sorgfältige und gerechte Geschichtsschreibung wird ihn nicht vergessen. Die vielen Menschen, denen er half, werden es ihm lebenslang danken.“¹⁸ Schon bei den Verhandlungen über das Viermächteabkommen 1971 sei er „als besonders sorgfältiger und zuverlässiger Beamter aufgefallen“ (Wal-

¹⁶ Ein Rathaus Herr. Prof. Dr. Dieter Schröder zum 60. Geburtstag, Berlin 1995.

¹⁷ Dazu: Gudrun Heinrich, Rot-Grün in Berlin. Die alternative Liste in der Regierungsverantwortung 1989-1990, Marburg 1993.

¹⁸ Dies ist bereits der Fall. In der von Wolfgang Jäger verfassten „Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 3. Die Überwindung der Teilung“ (1998) taucht sein Name auf (S. 175).

ter Momper). Eigentlich sei er „immer der Wissenschaftler geblieben, der sein Wissen, seinen Verstand und seine Ideen in die Politik mitbrachte, um dort zielbewusst ihm wichtig erscheinende Änderungen herbeizuführen“ (Peter Mitzscherling). Mitarbeiter während seiner Zeit als Oberbürgermeister in Rostock erinnern sich an den Hinweis: „Kommunalpolitik ist Ortskenntnis“ (Enoch Lemcke). Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Moment sei erwähnt: „Er beherrscht das Plattdeutsche in Wort und Schrift wie nur noch wenige seiner Landsleute“ (Ingo Richter).

Wir brechen hier die Zitate aus der Festschrift – nur aus Zeitgründen – ab. Die Kollegen vom Institut können dies aus den Begegnungen, die wir in Seminaren und bei Buchprojekten hatten, bestätigen. Es handelt sich um einen Zeitgenossen der leisen Worte und beiläufigen Hinweise. Zu seinen beobachtbaren Stilmitteln im Vortrag gehört u.a. die Methode, den Ton zu senken, um die Aufmerksamkeit dadurch noch weiter zu erhöhen. Manchen diskreten Hinweis mag man im Übrigen nicht aus der direkten Ansprache, sondern der hochgezogenen Augenbraue und dem nachhaltigen Schweigen entnehmen. Seine Artikel überzeugen auch durch präzise Aussage, einen fast englischen Pragmatismus und durch das Fehlen überflüssiger Wörter.

4. Abschließende Würdigung

Dieter Schröder hat den Referenten mehrfach gebeten, es „kurz zu machen“ und mit dem Lob äußerst sparsam umzugehen. Am Ende soll doch noch einmal kurz und klar gesagt werden, worum es sich handelt und warum der Fakultätsrat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und der Akademische Senat der Universität Rostock sich einstimmig und ohne Enthaltung für die Vergabe der Ehrendoktorwürde ausgesprochen haben:

Dieter Schröder hat bleibende wissenschaftliche Beiträge zur Rechts- und Politikwissenschaft vorgelegt, er hat die Politik nicht nur als eine zu analysierende, sondern auch positiv zu gestaltende Herausforderung begriffen, seit den 1970er Jahren hat er sich für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West und die Erleichterung der Lebensbedingungen der Menschen im Osten engagiert, den Prozess der deutschen Einheit hat er als Chance und Aufgabe verstanden, für die Menschen der Stadt Rostock und für die Interessen des Landes MV hat er sich eingesetzt, die Hochschule für Musik und Theater und die Universität Rostock hat er als Oberbürgermeister und als 1. Vorsitzender der Gesellschaft der Förderer der Universität e.V. gefördert, an die Studenten hat er sein Wissen in Lehrveranstaltungen und durch die Betreuung von Magisterarbeiten als Erst- und Zweitgutachter weitergegeben, er hat selber

Forschungsvorhaben initiiert¹⁹ und an Buchveröffentlichungen des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften mitgewirkt.²⁰

Dies alles ist nicht nur Anlass, um Ihnen zur Ehrenpromotion zu gratulieren, sondern auch um Ihnen verehrte Frau Schröder und dem geschätzten Kollegen weiterhin ein erfülltes und tatenreiches Leben zu wünschen. Bleiben Sie der Universität Rostock und unserem kleinen Institut noch lange erhalten.

¹⁹ Dieter Schröder u.a., Peripherer ländlicher Raum – z.B. der Landkreis Demmin, (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung Heft 16) 2002.

²⁰ Sein im Herbst 2002 erscheinendes neues Buch dürfte auch „Lebenserinnerungen“ beinhalten. Vgl. aber: Dieter Schröder, Von Politik und dummen Fragen – Betrachtungen in Deutschland, Rostock 2002.

Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

Dieter Schröder

Prolog

Magnifizienz, Spectabilis, Frau Ministerin, meine Herren Minister, Herr Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages und Bürgermeister von Teterow, Herr Bürgerschaftspräsident, spätestens an dieser Stelle: liebe Frau – denn sie hat viel ertragen, als Höhepunkt kann wohl gelten, als ich bei der Arbeit an dem Buch über die ausländischen Vertretungen in Berlin einen Schreibtisch ins Schlafzimmer gestellt hatte –, liebe Kollegen, lieber Kollege Werz, meine Damen und Herren, liebe Freunde. Ich bin tief beeindruckt, welche weiten Wege ihr auf euch genommen habt, und möchte alle mit Namen begrüßen, doch dann werden wir hier noch lange zusammensitzen. Einen möchte ich aber besonders begrüßen, Eberhard von Puttkamer. Wir kennen uns seit der Schulzeit und haben danach als Werkstudenten in der Lübecker Wellpappen- und Papierfabrik einen Teil unseres Studiums verdient. Für mich war das nicht nur soziales Lernen, sondern auch der Anfang meiner besatzungsrechtlichen Bibliothek. Zum Papierpreis von nach meiner Erinnerung 19 Dpfg/kg habe ich dort aus dem Altpapier Heft 2 der Befehle der SMAD erworben, darunter die Wiedenzulassung der Universitäten, und das Handbook für amerikanische Offiziere, die dienstlich Umgang mit Offizieren der Sowjetarmee haben, aus dem Jahre 1946: Auch die Sowjetunion ist eine Demokratie. Sie sind davon jedenfalls fest überzeugt, usw.

Damit Sie ermessen können, was mir dieser Tag bedeutet, möchte ich meinen Dank mit dem Lehrsatz von der genetischen Wirkung des Kuhstalls beginnen. Da horchen die Veterinärmediziner auf und erschrecken wegen einer Bildungslücke. Mancher ist im Nachhinein froh, dass er in Prüfungen nie nach diesem wichtigen Lehrsatz gefragt worden ist. Die Studenten weise ich jedoch darauf hin, dass man sich auf solches Glück nicht verlassen kann. Aber bei dem Lehrsatz von der genetischen Wirkung des Kuhstalls ist noch anderes zu bedenken. Die Veterinäre sind entschuldigt, denn diesen wichtigen Lehrsatz hat ein Jurist, allerdings der Sohn eines Veterinärs, entwickelt, mein schon in jungen Jahren als Münchener Oberbürgermeister in Bayern erfolgreicher Freund Hans-Jochen Vogel. Da sein urbayerischer Vater einen Ruf nach Göttingen angenommen hatte und damals, noch vor der Erfindung der Di-Mi-Do-Professur, die Ehefrau dorthin gefolgt war, ist er in Göttingen geboren und muss sich immer wieder fragen lassen, ob er denn wirklich ein Bayer ist.

Da hilft der Lehrsatz von der genetischen Bedeutung des Kuhstalls in Gestalt der Gegenfrage, ob denn ein Esel, der im Kuhstall geboren wurde, ein Ochse ist. Wenn Sie mir bis hierher

gefolgt sind, werden Sie mir zustimmen, dass Sie es trotz meines Geburtsortes wenige Kilometer jenseits der Landesgrenze bei mir mit einem Mecklenburger zu tun haben, eine deutsche Spezies, die eine hohe Kunst entwickelt hat, Gefühlsüberschwang zu vermeiden. Das hätte wirklich nicht nötig getan, hätte meine Großmutter heute an meiner Stelle gesagt, aber sie hätte sich dennoch sehr gefreut.

Rostock kam nicht vor, als ich am Ende meiner Schulzeit in Lübeck 1956 meinen Studienort auszuwählen hatte. Rostock lag nahe und zugleich aus der Welt. Dennoch sind wichtige Stationen meines Lebens auf merkwürdige Weise mit der Universität Rostock verbunden:

Sieben Schritte einer Annäherung an die Universität Rostock

Meine erste mittelbare Begegnung mit der alma mater rostockiensis kann ich relativ genau auf das Wintersemester 1956/57 datieren. Karl-Alfred Hall, gebürtig aus Schönberg in Mecklenburg, Ende der zwanziger Jahre Student an der Universität Rostock, nun Strafrechtslehrer an der Philipps-Universität in Marburg an der Lahn, las „Strafrecht - Besonderer Teil“. Ich hatte vorher in Hamburg Größen der deutschen Strafrechtslehre gehört, jetzt erlebte ich einen Meister der Anschaulichkeit. Um bei der Kindesaussetzung die subjektiven Tatbestandsmerkmale verständlich zu machen, kam er mit einer großen Puppe in die Vorlesung, die er gestenreich einmal unter einem gedachten Baum im Walde und dann am Katheder als Stufen vor der Haustür eines für seine Menschenliebe stadtbekannten Professors niederlegte. Auch wenn ich in meinen Vorlesungen um Anschaulichkeit bemüht bin, dass Niveau dieses Didaktikers bleibt unerreichbar.

Die zweite Begegnung mit der Universität Rostock hatte ich Anfang der sechziger Jahre. Nach Beginn einer juristischen Referendarzeit hatte ich mich von dem Gedanken an eine normale Juristenlaufbahn entfernt und strebte in die Wissenschaft. Eine besondere Dissertation sollte dabei förderlich sein. Mit „der These vom Absterben des Staates“ überprüft an der Verwaltungsordnung der DDR, hoffte ich, solche zu liefern. Zur Finanzierung des Unternehmens reiste ich als gesamtdeutscher Wanderprediger durch Westdeutschland. „Partei und Staatsmacht in der SBZ“ oder „Angst, Mißtrauen und Einsamkeit als Fundament der Diktatur“, das waren so einige meiner Referate. Bei einer Fortbildungsveranstaltung, zu der das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eingeladen hatte, trat ein ehemaliger Rostocker Student auf, einst Mitglied des Kreises um Arno Esch, nach Jahren in sibirischen Arbeitslagern in den Westen gelangt, Hartwig Bernitt, heute Vorsitzender des Vereins ehemaliger Rostocker Studenten.

Die dritte Begegnung mit der Universität Rostock war vielleicht eines der nachhaltigsten Ereignisse meines Lebens. Ich war 1965 wirklich zur Wissenschaft gelangt und arbeitete als Referent, heute würde man sagen C1-Forschungsprofessor, an der Forschungsstelle für Völkerrecht der Universität Hamburg. Mich beschäftigte die Frage nach dem Einfluss der in Asien und Afrika neu entstandenen Staaten auf das Völkerrecht. Im Zusammenhang mit einer UN-Konferenz über den Transithandel der Binnenstaaten hatte ich 1966 eine kleine Schrift über den „freien Zugang der Binnenstaaten zum Meer“ abgeschlossen, als Gerhard Reintanz von der Universität Halle-Wittenberg in Begleitung von Jörgen Haalck von der Universität Rostock unser Institut besuchte. Reintanz, der alljährlich kam, erzählte, dass er einen Doktoranden just auf dieses Thema angesetzt habe, die Beschaffung des Materials aus New York allerdings sehr schwierig sei. Es war an sich öffentlich zugängliches Material, das bei mir herumlag und irgendwann im Altpapier gelandet wäre. Warum sollte Reintanz es nicht mitnehmen, um einen Doktoranden zu fördern. Als er alles eingepackt hatte, ließ er fröhlich wissen, dass es ihm um die Übertragung der Regeln auf den Westberlin-Transit ginge. Die Zusammenarbeit der Institute sollte dem Seerecht gelten, damit sie überhaupt möglich war, hatten wir die Deutsche Frage immer ausgeklammert. Und nun dies. Ich war wütend, Jörgen Haalck, an den ich mich gern erinnere, wirkte betroffen. Als Reaktion habe ich mich sehr intensiv mit der Berlin-Frage befasst und infolgedessen bin ich 1969 als Berater des Regierenden Bürgermeisters nach Berlin gegangen. Von da führte dann ein einigermaßen gerader Weg zur Rolle eines Sprechers der westdeutschen Länder in den Einigungsverhandlungen 1990.

Der vierte Schritt ist im Archiv der Universität Rostock und der Bundestagsdrucksache 10/2837 dokumentiert. Im Rahmen einer deutschen Bildungsreise, wie ich sie alljährlich als Reiseleiter den Ehepaaren Liselotte und Hans-Jochen Vogel sowie Schröder anbiete, haben wir im Juli 1984 auch die Universität Rostock besucht. Im Archiv wurden uns die beiden Zep-ter gezeigt und von der Gründungsurkunde erzählt, die damals im Westen lagerte. Wir hatten 1981 damit begonnen, ähnliche Verlagerungen zwischen den Teilen Berlins zu revidieren, und fühlten uns durch die Schilderung der Archivarin in die Pflicht genommen.

Neun Jahre später war ich dann Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock und musste lernen, dass die Urkunde zwar zurückgegeben ist, aber in Schweriner Hand gehalten wird. Doch die Universität ist noch in Rostock und für die Zukunft der Stadt ist sie eine der größten Hoffnungen. Wenn ich daran jemals Zweifel gehabt hätte, spätestens nach der ersten Begegnung mit dem damaligen Rektor Gerhard Maeß wäre ich davon überzeugt gewesen. Dieser fünfte Schritt der Annäherung an die Universität Rostock führte schließlich zu meiner Wahl zum Vorsitzenden der Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock im Jahre 1995.

Der sechste Schritt der Annäherung gehört zu meinem sechzigsten Geburtstag. Da kamen gleich von zwei Seiten Einladungen, in Rostock zu lehren, von der Rechtswissenschaft und von der Politikwissenschaft. Salomonisch habe ich mich zunächst für eine Gemeinschaftsveranstaltung entschieden, in Lichtenhagen. In späteren Semestern hat nicht nur die verkehrsgünstige Lage der Politikwissenschaft, sondern auch mein wissenschaftlicher Standort den Ausschlag für das Fach gegeben, für das ich einst habilitiert worden bin.

Und heute der siebte Schritt. Was wird daraus folgen? Für die Universität und für mich?

Der Jurist hört schon zu Beginn seines Studiums, dass ein Federstrich des Gesetzgebers ganze Bibliotheken zu Makulatur machen kann. Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass auch eine Revolution solche Folgen haben kann. Bald dreißig Jahre habe ich mich bemüht, die Lage Deutschlands in der Teilung wissenschaftlich zu begreifen und dabei zu helfen, dass man Wege findet, sie zum Besseren zu ändern. Mit dem Einigungsvertragswerk war 1990 eine große Hürde genommen. Dazu unmittelbar beizutragen, war nicht jedem Wissenschaftler vergönnt. 1991 hatte ich wieder Zeit für die Wissenschaft, aber nun hatte ich meinen Gegenstand, das geteilte Deutschland, verloren und das empfinde ich als großes Glück. Ich habe die Mitherausgeberschaft der Zeitschrift „Recht in Ost und West“ niederlegt, der Gesellschaft für Deutschlandforschung, deren Vorstand ich angehörte, gekündigt und meine Bibliothek dem West-Berliner Alliierten-Museum gestiftet. Für meinen Geschmack wurde zuviel nachgekartet, von Leuten, die alles schon immer gewusst hatten. Mich interessierte das Neue. Die Politik des neuen Staates zu erklären, darin sah ich meine Aufgabe, und das am besten in der Heimat meiner Familie, wohin sich unser älterer Sohn als erster begeben hatte, als Mitarbeiter im Rechtsamt der Hansestadt Rostock. Die deutsche Verfassung in ihrer Wirkung auf die Struktur dieses Landes, deren Wurzeln zugleich die Wurzeln der Geschichte meiner Familie geprägt haben, ist heute der Gegenstand meines wissenschaftlichen Interesses.

Kulturpolitik – eine Herausforderung für die Struktur des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Methodisch bin ich seit meinen ersten wissenschaftlichen Versuchen der Komparatistik, der vergleichenden Betrachtung, verpflichtet. Vergleiche helfen, Besonderheiten zu erkennen, die einer vertiefenden Betrachtung bedürfen, damit Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird. Die Gegenstände meiner Forschungen verbindet eine irreguläre Struktur, die sie von ihrem Umfeld unterscheidet, also eine gewisse Exotik. Das liegt für Afrika auf der Hand, für Berlin vor 1990 erschließt sich die Exotik nach kurzem Studium, einen Aspekt der Exotik

MVs will ich nun mit einigen Fragen zum Zusammenhang von Kulturpolitik und Strukturpolitik aufzeigen.

Die Situation West-Berlins war über vier Jahrzehnte bis 1989 durch 4.308 Einwohner pro Quadratkilometer und äußerst eingeschränkte Kommunikationswege in das nähere oder weitere Umland gekennzeichnet. Die heutige Lage von MV ist das andere Extrem, nämlich 77 Einwohner pro Quadratkilometer und weit offene Grenzen. Das bedeutete für West-Berlin eine totale Verstädterung und die Befriedigung nahezu aller Lebensbedürfnisse in einem engen Stadtraum, demgegenüber in MV ein dominierender ländlicher Raum mit der Möglichkeit, für die Befriedigung vieler Lebensbedürfnisse nach außen auszuweichen. In beiden Fällen bewirkt die Wahrnehmung dieser Lage gerade bei dynamischen jüngeren Bevölkerungsgruppen eine Bereitschaft zur Abwanderung und in beiden Fällen führt die Realisierung des Abwanderungsgedankens zu einer galoppierenden Überalterung der Gesellschaft, die sich schnell auch mit Produktivitätseinbußen bemerkbar macht. Das Problem ist erkannt und als Gegenstand endloser politischer Debatten entdeckt. Eine einfache Lösung ist nicht gefunden. Viele Ratschläge sind in Umlauf und so wird insbesondere auch von der Kulturpolitik Identitätsstiftung und Bindung erhofft. Subjektive Faktoren der Abwanderungs- oder besser Bleibeentscheidung sollen damit beeinflusst werden, obwohl jeder weiß, dass qualifizierte Arbeitsplätze den Ausschlag geben.

In MV geht es heute um die Frage, wie in der schwierigen Situation des Landes eine identitätsstiftende und an das Land bindende Kulturpolitik überhaupt möglich ist. Dabei kommt es nicht auf das Sein der Kulturpolitik an, sondern auf die Wahrnehmung der kulturellen Potenzen. Für das Sein der Kulturpolitik in diesem Land gibt es außerordentlich eindrucksvolle Zahlen. Für das Bild bei den Bürgern sind wir eher auf Vermutungen angewiesen, dennoch soll nachfolgend gerade die Wahrnehmung betrachtet werden, und zwar wieweit strukturelle Besonderheit MVs bestehen, die eine Überprüfung der kommunalen Struktur nahe legen.

Kulturpolitik ist in Deutschland städtisch geprägt. Auch das erste Landesraumordnungsprogramm MV aus dem Jahre 1993 geht davon aus, dass erst Mittelzentren, das sind Städte mit mindestens 15.000 Einwohnern und einem Einzugsgebiet mit mindestens 40.000 Menschen, mit beständig angebotenen kulturellen Einrichtungen wie einer öffentlichen Bücherei, einer Musikschule, einer Volkshochschule und eventuell einer Beispielbühne ausgestattet sein müssen. In der Planungsregion Mittleres Mecklenburg/Rostock käme allenfalls Güstrow für eine solche Ausstattung in Betracht. Für große Bibliotheken mit Anschluss an den überregionalen Leihverkehr, Museen und Kunstsammlungen unter hauptberuflicher Leitung sowie regelmäßig bespielte Theater und Konzerthäuser sind nach dem Programm erst in Oberzentren die

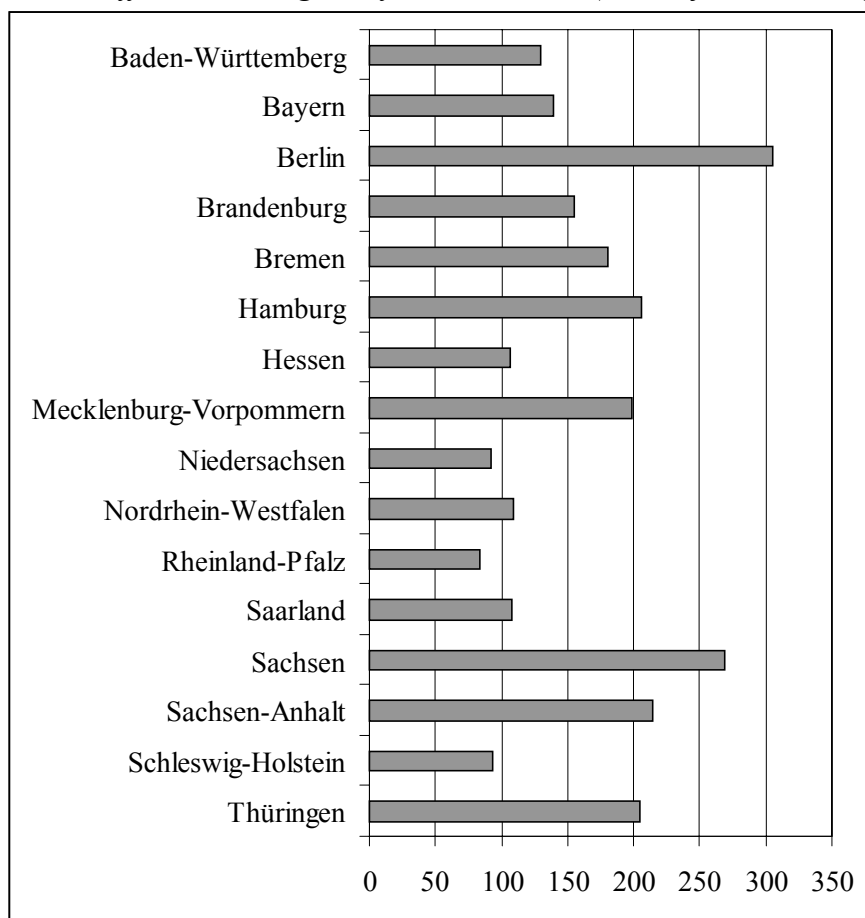
nötigen Voraussetzungen zu erwarten. Das sind dann Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern, also nur Rostock mit knapp 200.000 und allenfalls Schwerin mit nur noch knapp 100.000 Einwohnern. In Unterzentren hingegen, in der Regel Gemeinden mit immerhin mindestens 4.000 Einwohnern, sollen Spiel- und Sportstätten als öffentliche Einrichtungen vorgehalten werden, wobei unter Spielstätten auch Saalbauten oder Freilichtbühnen zu verstehen sind, in der Regel Veranstaltungsorte ohne ständige Angebote. Mit diesen Ausstattungsnormen ist das Feld der Kulturpolitik zwar nicht erschöpfend bestimmt, aber es sind die aufwendigsten Veranstaltungen genannt, die eine nähere Betrachtung wert sein sollten.

Die Normen der Landesplanung liegen an der unteren Grenze der in ganz Deutschland angewandten raumplanerischen Regeln. Sie reflektieren Einschätzungen der Veranstaltungskraft von Gemeinden. Allerdings ist die Mindesteinwohnerzahl nicht der einzige Maßstab. Von großer Bedeutung ist auch die Erreichbarkeit des Angebots der Oberzentren mit einem zumutbaren Zeitaufwand bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Das Landesraumordnungsprogramm sieht dafür „ca. 90 Minuten“ vor. Für die westlichen Landesteile wäre diese Anforderung durch Schwerin und Rostock weitgehend zu erfüllen, für die östlichen Landesteile ist das jedoch nicht möglich. Aus den meisten Gebieten Vorpommerns wie auch aus dem früheren Mecklenburg-Strelitz sind Schwerin oder Rostock in der geforderten Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen. Die Struktur des Landes, die im Osten keine effektiven Oberzentren ausgebildet hat, erfordert also Abweichungen von den in Deutschland üblichen Normen, entweder durch Verlängerung der Wegezeiten oder durch Fiktion von Oberzentren. Mit solchen Lösungen wird entweder auf die Attraktivität der Nähe oder die Leistungskraft des Oberzentrums verzichtet. Mit dem Landesraumordnungsprogramm hat sich MV für die zweite Lösung entschieden und die Mittelstädte Neubrandenburg (74.000 Einwohner) als Oberzentrum sowie Stralsund (61.000 Einwohner) und Greifswald (55.000 Einwohner) als verbundene Oberzentren mit Teilfunktion ausgewiesen, so dass auch in den strukturschwachen östlichen Landesteilen eine auf Oberzentren ausgerichtete Struktur möglich erscheint. Die Frage ist nur, ob die Menschen die fingierten Oberzentren mit ihren Angeboten auch als vollwertige Großstädte wahrnehmen können.

In Konsequenz dieser Konzeption der Landesentwicklung gibt es jedenfalls in MV vier Mehrspartentheater mit Musiktheater, philharmonischem Orchester und Schauspiel, nämlich nicht nur in den genannten beiden Großstädten, sondern auch in Neubrandenburg/Neustrelitz und in Stralsund/Greifswald. Dafür werden auch entsprechende Gebäude vorgehalten. In dem von der Landespolitik gern zum Vergleich herangezogenen größeren Schleswig-Holstein gibt es hingegen nur zwei Theater dieser Klasse, nämlich in den beiden Großstädten Kiel und Lü-

beck. Ergänzt wird dieses Angebot in beiden Ländern durch kleine Schauspielbühnen und Landestheater, die die Bespielbühnen der kleineren Städte nutzen. In fünf der kreisfreien Städte unterhält das Land Bibliotheken mit Anschluss an den überregionalen Leihverkehr, die abgesehen von der Landesbibliothek in Schwerin als Hochschuleinrichtungen organisiert sind. In Schwerin, Greifswald und Stralsund trägt das Land, teilweise gemeinsam mit Bund, Stadt und Privaten, große Museen. In Rostock und Neubrandenburg sind Museen und Kunstsammlungen städtische Veranstaltungen. Das kulturelle Angebot in den Mittelstädten Neubrandenburg, Stralsund und Greifswald liegt damit deutlich über den Mindestanforderungen der Landesplanung für diese Gemeindegröße. Sogar in Städten mit weniger als 15.000 Einwohnern, beispielsweise in Teterow, finden sich Bibliotheken und Museen mit hauptberuflicher Leitung. Nach dieser Feststellung ist es nicht überraschend, dass im Ländervergleich MV 1998 – das sind die Daten des jüngsten Kulturfinanzberichts der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für das Jahr 2000 – mit den öffentlichen Kulturaufwendungen von 199 DM je Einwohner klar über dem Bundesdurchschnitt von 141 DM liegt (Abb. 1).

Abb. 1: Öffentliche Ausgaben für Kultur 1998 (in DM je Einwohner)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht 2000.

MV lässt sich Kultur in dieser Relation kaum weniger kosten als das reiche Hamburg. Das Land wendet für Kultur je Einwohner mehr als doppelt soviel auf wie Schleswig-Holstein,

allemaal mehr als Brandenburg und sogar mehr als das Musterland Bayern. Dennoch ist der Zustand der Kultureinrichtungen keineswegs immer optimal und die Wahrnehmung durch die Bürger manches Mal frustrierend. Der volkskundliche Bereich des Kulturhistorischen Museums Stralsund, des einstigen Provinzialmuseums für Neuvorpommern und Rügen, das Baedeker schon vor hundert Jahren für bemerkenswert hielt, sei nur ein Beispiel. In der großen Spielzeugabteilung bleibt der Besucher ohne jede Beschilderung und Erläuterung. In der Abteilung für das vorpommersche Brauchtum erfährt er, dass „heute“ die „GST“ die Pflege der Tradition übernommen hat. Der westdeutsche Tourist wie auch der hier geborene junge Erwachsene mag nun rätseln, ob hinter dem Kürzel eine Groß-Stralsunder Turnerschaft oder eine Gesellschaft für Spiel und Tanz steckt, der noch mit der DDR aufgewachsene Mensch hingegen wundert sich, dass die Gesellschaft für Sport und Technik in Vorpommern noch immer aktiv sein soll. Wer die Rostocker Stadtgeschichte im Kröpeliner Tor oder die Geschichte Teterows im dortigen Malchiner Tor kennen lernen will, wird erfahren, dass behindertengerechte Zugänge für viele Museen in diesem Land unvorstellbar sind. Museen sind aber nicht das einzige Problemgebiet. In Schwerin haben rührige Denkmalpfleger die Kammerbühne des Staatstheaters in einen Konzertsaal zurückgebaut. Der Theaterbetrieb ist seither in einen alten Industriebau mit gerade 99 Plätzen ausgewichen, was bei diesem erfolgreichsten Theater des Landes dazu führt, dass zur Befriedigung der Publikumsnachfrage viele Stücke täglich zweimal hintereinander gespielt werden müssen. Diese und weitere Unzulänglichkeiten von Kultureinrichtungen in MV werden vor allem durch Engagement der Mitarbeiter, seien es nun Schauspieler oder Museumsleute ausgeglichen. An Investitionen zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur wagt kaum jemand zu denken.

Die besondere Bedeutung der Struktur des Landes für die Kulturpolitik lässt sich mit verschiedenen Methoden ermessen. Am wenigsten aussagekräftig wäre wohl eine Befragung der Einwohner. Ihnen werden meistens zuverlässige Maßstäbe für einen Vergleich mit anderen Ländern fehlen, vor allem werden viele ein Kulturbedürfnis artikulieren, das sie im Ernst nie praktizieren. Eine Überprüfung der realisierten Theaterbesuche derjenigen, die im vergangenen Jahr Listen für die Erhaltung des Rostocker Volkstheaters unterschrieben haben, dürfte jedes Vertrauen in solche Erhebung zerstören. Es geht also um einigermaßen objektivierbare Daten. Dazu bieten sich zwei Wege an, nämlich einmal eine vergleichende Betrachtung des Verhältnisses zwischen Kulturaufwand und Fläche und dann eine Modellrechnung, die die Bevölkerungsdichte neutralisiert. Mit beiden Modellen ist annäherungsweise zu ermitteln, wie oft der Mensch im Land einem kulturellen Angebot begegnen kann, in welchem Maße er sich also angeregt fühlt.

Mit Schleswig-Holstein, dem vielfachen Vorbild für die Strukturen MVs, soll im Folgenden verglichen werden, und zwar einmal der Kulturaufwand je Quadratkilometer Landesfläche und zum anderen der Kulturaufwand je Einwohner bei neutralisierter Besiedlungsdichte. Das Kulturangebot ist in keinem Land gleichmäßig über die Fläche verteilt. Es ist in Oberzentren immer dichter als in entlegenen ländlichen Gegenden. Beide Verfahren liefern also nur grobe Annäherungswerte für die Wahrnehmung von Kultur, aber dennoch einigermaßen belastbare Daten. MV, Land plus Kommunen, hat in dem hier herangezogenen Berichtsjahr 1998 bei einer Landesfläche von 23.170 qkm 358,9 Mio. DM für Kultur aufgewandt, das sind 15.490 DM/qkm. Schleswig-Holstein hat bei einer Landesfläche von 15.770 qkm 257,2 Mio. DM also 16.309 DM/qkm aufgewandt. Bei diesem Vergleich liegt der öffentliche Kulturaufwand in Schleswig-Holstein 5,2 v.H. über den Leistungen in MV (Tab. 1).

Tab. 1: Öffentliche Ausgaben für Kultur, MV und SH im Vergleich, 1998

	MV	SH
Landesfläche (in qkm)	23.170	15.770
Einwohner	1.798.689	2.766.057
Gesamtausgaben pro km ² (in Mio. DM)	358,9	257,2
Ausgaben pro qkm (in DM)	15.490	16.309
Fiktive Ausgaben pro Einwohner (neutralisierter Wert auf SH Einwohnerdichte) (in DM)	87,60	93,20

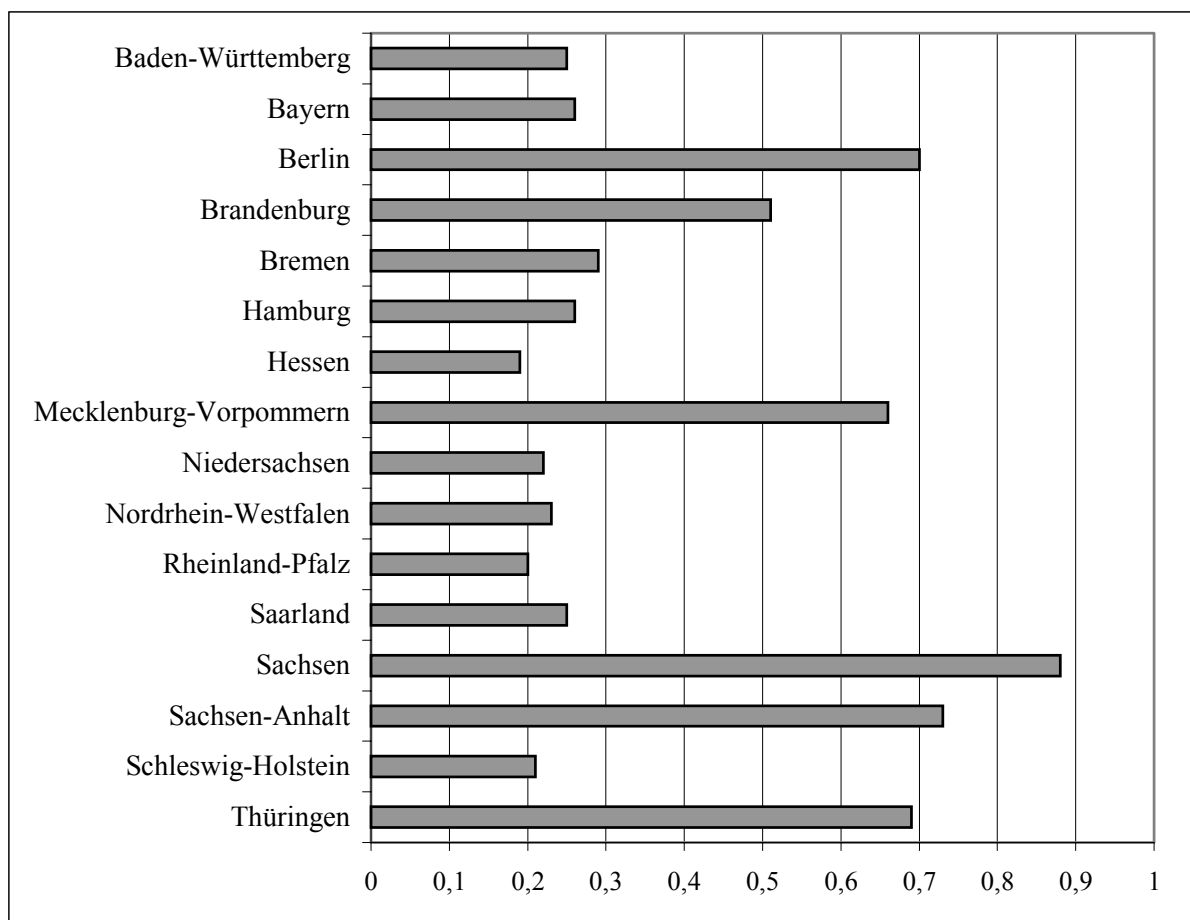
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und Länder, Kulturfinanzbericht 2000; eigene Berechnungen.

Mit dem Aufwand in Schleswig-Holstein wird auf Grund der dichteren Besiedlung außerdem ein weit größeres Publikum erreicht, dessen Eigenleistung an Eintrittsgeldern und Spenden wiederum die finanzielle Basis der Kultureinrichtungen stärkt. Noch deutlicher wird der strukturelle Unterschied, wenn man den tatsächlichen Aufwand pro Einwohner gegenüber der Bevölkerungsdichte neutralisiert, indem man ihn auf eine Bevölkerungsdichte beispielsweise von Schleswig-Holstein (175 Einwohner/qkm) umrechnet, also das Unwahrscheinliche annimmt, dass die Bevölkerungsdichte von MV auf das Niveau von Schleswig-Holstein ansteigt. Die Relation zwischen der Bevölkerungsdichte beider Länder ist 2,27. Man muss also die signifikanten Daten des Kulturaufwandes in MV mit diesem Faktor dividieren. Damit gewinnt man einen Anhaltspunkt für die subjektive Wahrnehmung der Versorgung mit wegeabhängigen Kulturangeboten, insbesondere im ländlichen Raum. Bei einer auf schleswig-holsteinisches Niveau verdichtet gedachten Struktur MVs belaufen sich die Ausgaben je Einwohner im Bezugsjahr des Kulturfinanzberichts dann nur noch auf 87,60 DM, in Schleswig-

Holstein 93,20 DM, wobei noch nicht berücksichtigt ist, dass im Süden jenes Landes das Hamburger Kulturangebot mit in Anspruch genommen wird. Das kulturelle Angebot in der Fläche liegt bei dieser Berechnung in Schleswig-Holstein 6,4 v.H. über dem Niveau von MV. Beide Berechnungen indizieren also ein mindestens um 5 v.H. geringeres kulturelles Angebot in MV verglichen mit Schleswig-Holstein.

Ehe man aus dieser Erkenntnis eine Forderung nach mehr Geld für die Kultur ableitet, empfiehlt es sich, die Relation zwischen öffentlichen Kulturaufwendungen und Bruttoinlandsprodukt zu vergleichen. Das liefert Anhaltspunkte für die finanzielle Belastbarkeit eines Landes. Auch dafür bietet der Kulturfinanzbericht interessante Daten (Abb. 2).

Abb. 2: Öffentliche Ausgaben für Kultur 1998, Anteil am Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und Länder, Kulturfinanzbericht 2000.

Der Anteil der Kulturaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt liegt in MV bei 0,66 v.H., in Schleswig-Holstein bei 0,21 v.H. Eine ungewöhnliche Höhe des Anteils am Bruttoinlandsprodukt kann bei sonst gleicher wirtschaftlicher Lage einen überhöhten Personalbestand signalisieren, bei gleichem Personalbestand kann sie aber auch anzeigen, dass in diesem Bereich überdurchschnittlich hohe Gehälter gezahlt werden müssen, um im Wettbewerb um die besten Kräfte zu bestehen. Der Zahlenvergleich belegt in unserem Fall vor allem eine Schwäche der wirtschaftlichen Gesamtlage des Gebietes. Nun lassen sich ähnliche Daten auch für die ost-

deutschen Flächenländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie für Berlin finden. Das nährt den Argwohn, dass man es hier mit DDR-spezifischen Problemen zu tun hat. Bei der Suche nach einer Erklärung für diese Erscheinung in fast allen neuen deutschen Ländern ist dann etwa daran zu denken, dass hier privates Kulturengagement von Förderern wie auch zahlungskräftigen Besuchern erheblich geringer ist als im Westen. In allen genannten Ländern, insbesondere in Sachsen und Berlin, wird eine überdurchschnittliche öffentliche Kulturförderung nicht zuletzt auch zur Stärkung der Fremdenverkehrswirtschaft betrieben. Darüber hinaus weisen Sachsen-Anhalt und Thüringen wie MV in weiten Landesteilen eine dünne Besiedlung und unzureichende Erschließung auf. Selbst wenn, wie im Beispiel MVs, die räumlichen Strukturprobleme bereits ausreichen, ein unbefriedigendes kulturelles Angebot zu erklären, können diese anderen Faktoren nicht außer Betracht bleiben, wenn es um eine Verbesserung der Lage geht. Monokausale Erklärungen helfen nicht weiter.

Eine Optimierung des Einsatzes der vorhandenen Mittel ist geboten. Dazu ist der in kulturpolitischen Auseinandersetzungen vorherrschenden Abneigung entgegenzutreten, über Kosten und Nutzen der Kulturpolitik einschließlich der vorhandenen Personalstruktur nachzudenken. Während für Analysen der meisten Politikfelder Input und Output betrachtet werden, zeichnen sich Untersuchungen zur Kulturpolitik durch eine Konzentration auf den Input aus. Die kulturpolitische Debatte orientiert sich am Aufwand und kaum am Nutzen. Der Kulturfinanzbericht liefert viele Daten über Zuwendungen der öffentlichen Hand für Kultur, aber nichts über die Inanspruchnahme der kulturellen Angebote, obwohl Museen, Theater und Bibliotheken darüber bereitwillig und umfassend Auskunft geben. Die Konzentration auf den Input bewirkt eine Fixierung der kulturpolitischen Debatte auf den in Geld messbaren Aufwand kultureller Institutionen und vermeidet kulturpolitische Auseinandersetzungen über den Inhalt der Kulturangebote. Die inhaltliche Debatte bleibt der Kulturkritik, also dem Feuilleton, vorbehalten. Das ist mit der Freiheit der Kunst, also Respekt vor einem Grundrecht, zu begründen. Darüber hinaus reflektiert diese Betrachtungsweise den Anspruch, dass der Output kulturpolitischen Einsatzes nicht mit Zahlen zu erfassen ist, selbst wenn Kulturinstitutionen, wie beispielsweise die Bibliotheken oder das Institut für Museumskunde, Benutzer- beziehungsweise Besucherzahlen bedenkenlos als zuverlässigstes Kriterium für Attraktivität und Leistung verwenden.

Die Theater weisen unter den Kultureinrichtungen MVs die größten Personalkörper auf und finden das größte Publikumsinteresse. Sie stehen daher immer wieder im Mittelpunkt der kulturpolitischen Auseinandersetzung. Für die Theater wird vom Land etwa die Hälfte der für die

Kulturförderung verfügbaren Mittel eingesetzt. Die dafür erbrachte Leistung, gemessen an der Frequenz der Theaterbesuche, stimmt nachdenklich.

Tab. 2: Theaterstatistik 1999/2000

	Besuche je Einwohner	Einspielergebnis (Prozent der Gesamtkosten)	Zuschuss je Besucher (in DM)
Rostock	0,57	5,4	293,26
Schwerin	2,06	19,2	158,70
Stralsund/Greifswald	1,09	8,2	219,81
Neubrandenburg/Neustrelitz	0,73	-	-

Quelle: Theaterstatistik 1999/2000.

In der Spielzeit 1999/2000 besuchte jeder Einwohner von Schwerin 2,06 Vorstellungen, jeder Einwohner von Stralsund/Greifswald 1,09 Vorstellungen, jeder Einwohner von Neubrandenburg/Neustrelitz 0,73 Vorstellungen und jeder Einwohner von Rostock 0,57 Vorstellungen. Diese Zahlen nähren nicht nur in manchen Ministerien den Verdacht, dass Schweriner Beamte um ein Vielfaches kulturvoller sind als Rostocker Professoren, sondern sie legen vor allem die Vermutung nahe, dass es dem Schweriner Theater mehr als anderen gelingt, weit in seine Region hinein und darüber hinaus Interesse und Publikum zu finden. Das schlägt sich dann auch in den Einnahmen aus dem Kartenverkauf nieder. In Schwerin decken sie 19,2 v.H. der Aufwendungen, in Stralsund/Greifswald 8,2 v.H. und in Rostock 5,4 v.H. Umgekehrt proportional steigt die Höhe der Zuschüsse der Städte pro verkauften Platz.

Dass bei einzelnen Theatern Ertragssteigerungen durch neue Programmprofile möglich sind, ist nicht zu bestreiten. Auch wird man fragen dürfen, weshalb in MV zwei der elf deutschen A-Orchester wirken, was selbst bei Berücksichtigung der andernorts bestehenden Rundfunksinfonieorchester ein überproportionaler Besatz mit Musikern dieser Gehaltsstufe ist. Dennoch werden auf diesem Wege die Finanzierungsprobleme nicht wirklich zu lösen sein. Selbst das im Bundesvergleich sehr erfolgreiche Schweriner Theater bereitet der Stadt als Träger Etatprobleme.

Abhilfe wird fast überall durch die Umwandlung der Theater von öffentlichen Anstalten in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung gesucht. Damit ist dann auch die Stadt in der Lage, genauso wie das Land ihren Zuschuss festzuschreiben, nun mag der Geschäftsführer-Intendant sein Unternehmen einschränken. Mit der Umwandlung wird zwar die Rechtsform geändert, aber nicht die Finanzgrundlage der Theater verbessert. Nach wie vor sind die Zuschüsse von Stadt und Land von existenzieller Bedeutung für diese Kulturinstitution. Wenn sie nicht erhöht werden können, aber die Kosten beispielsweise durch Tarifierhebungen steigen, muss die eigentliche Leistung eingeschränkt werden.

Während bei den großen Museen Bund und Land in den beiden schwächsten Städten, Stralsund und Greifswald, eine institutionalisierte Mitverantwortung für die Trägerschaft übernommen haben, und in der Landeshauptstadt Schwerin das Land sogar als alleiniger Träger der großen Museen auftritt, wird bei den Theatern durch langfristige Festlegung der Obergrenze des Landeszuschusses auf knapp 36 Mio. EUR die weitere Entwicklung völlig in die Verantwortung der Städte als Träger gegeben. Dabei erbringen die Städte mit den Theatern ein Kulturangebot, das weit über ihre Grenze hinaus in den Verflechtungsraum wirken soll. Die Landesregierung gliedert dementsprechend MV in vier Theaterregionen, die den Planungsregionen des Landes entsprechen. Der Zuschuss des Landes zum Theaterbetrieb wird an dieser Struktur orientiert und soll die Kosten abdecken, die für über die Stadtgrenzen hinauswirkende Leistungen entstehen. Infolge der Deckelung dieses Zuschusses entsteht jedoch eine Unterdeckung zu Lasten der Städte, die bei deren prekärer Finanzlage nicht aufgefangen werden kann.

Aus der Not haben die Städte Neubrandenburg und Neustrelitz inzwischen ihre Theatereinrichtungen in einer Gesellschaft zusammengefasst, an der sie und fünf Landkreise ihres Umlandes sowie einige kleinere Städte beteiligt sind. Diese Lösung zielt darauf ab, die Theaterregion faktisch zum Träger der Kultureinrichtung zu machen und so die aus der Struktur des Landes entstehenden Probleme durch größere Körperschaften anzugehen. Damit ist die Zahl der Einwohner, die das Theater tragen, gestiegen, auch wenn sich an ihrer räumlichen Entfernung zu dem Theater nichts verändert hat. Diese Strategie weckt allerdings die Hoffnung, dass sich auf Dauer wenigstens Kulturverwaltungskosten reduzieren und Synergieeffekte erzielen lassen zugunsten größerer inhaltlicher Aufwendungen.

Das Schweriner Theater bemüht sich um eine ähnliche Lösung, hat aber erst von einem Landkreis eine positive Grundsatzentscheidung erhalten. Die meisten Landkreise sind der Auffassung, dass mit dem als Vorabzug beim Finanzausgleich finanzierten Landeszuschuss für sie ausreichende Leistungen erbracht worden sind. Das kulturpolitische Engagement der Landkreise scheint allemal recht unterschiedlich entwickelt. Da gibt es einige wie den Müritzkreis, die große Museen tragen, und andere, besonders oft im Umfeld der Oberzentren, die vor allem nach Wegen suchen, kulturellen Verpflichtungen zu entkommen.

Die auch in anderen Bereichen erkennbar gewordenen Strukturprobleme des Landes haben den Landtag 2001 veranlasst, eine Enquetekommission zur Gemeindestruktur und Funktionalreform einzusetzen. In deren Beratungen hat der ehemalige Bürgermeister von Greifswald gefragt, ob bei der seit 1994 wirksamen Kreisgebietsreform kommunale Einheiten entstanden sind, die zukünftigen Aufgaben kaum gewachsen sein werden. Er hat als Lösung vorgeschla-

gen, ausgehend von den vier Planungsregionen unter Einkreisung der bisherigen kreisfreien Städte größere Landkreise zu schaffen. Diese würden sich dann auch mit den Theaterregionen decken und könnten zukünftig Träger großer Kulturinstitutionen sein.

Für Ballungsgebiete ist die Bedeutung regionaler Netzwerke längst erkannt, die Akademie für Raumforschung und Landesplanung hat jüngst auch für Schrumpfungsprozesse, wie sie in MV die Entwicklung bestimmen, regionalen Konzepten Priorität eingeräumt.

Nicht nur aus der Sicht der großen Kulturinstitutionen ist insbesondere die Frage nach einer Überprüfung der traditionellen Kreisebene von Interesse. Eine Einkreisung von bisher kreisfreien Mittelstädten verbunden mit einer weiteren Zusammenlegung von Landkreisen könnte die Veranstaltungskraft der kommunalen Ebene stärken. Eine solche Struktur würde beispielsweise auch kostentreibende Spannungen zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Entwicklung der Schulstruktur verringern. Zudem könnten Funktionen von Landesbehörden leistungsstarken Landkreisen übertragen werden, was neben Einsparungen mehr Bürgernähe bewirken mag. Bei den Sparkassen im Land ist dieser Weg unter Vorantritt der Region Rostock bereits erfolgreich beschritten worden.

Eine solche Neustrukturierung ergäbe eine Ordnung, bei der mancher fragen würde, ob damit nicht im Prinzip die 1990 aufgelöste Bezirksgliederung der DDR als eigentlich zukunftsweisend gerechtfertigt wird. Die Bezirksverwaltungen waren schon für Theater und größere Museen verantwortlich. Auch in einigen westdeutschen Ländern gibt es Ansätze zu solchen Strukturen. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ist anerkannt, dass es unterhalb der Landesebene Aufgaben gibt, die die Kreise überfordern. Als größere Gebietskörperschaften sind dort Bezirke oder Landschaftsverbände geschaffen worden. Kulturpflege wird als deren Aufgabe ausdrücklich genannt. Sie umfasst unter anderem Denkmalpflege, Unterhaltung der Landesmuseen, Pflege und Förderung der Heimatmuseen und Archive. Aber auch als überörtliche Träger der Sozialhilfe und von Sonderschulen werden diese größeren Körperschaften tätig. In einem einwohnermäßig eher kleinen Land wie MV wäre die Einführung einer weiteren Selbstverwaltungsebene nicht unproblematisch, eine Ertüchtigung der Kreisebene wäre hier die bessere Lösung. Eine beträchtliche Summe an Leitungskosten kulturpolitischer Verwaltungen ließe sich durch größere Kreise zugunsten nachhaltiger Investitionen einsparen. Durch Synergien bei den Kultureinrichtungen selbst ließen sich außerdem Mittel für inhaltliche Aufgaben gewinnen. Gute Ergebnisse solcher Kooperation sind bei den öffentlichen Bibliotheken im Land zu studieren. Die Politik würde sich mit einer derartigen Veränderung der Strukturen nur der Strategie bedienen, die in der Wirtschaft vielfach mit Erfolg angewandt wird.

Es kann nicht überraschen, dass der Vertreter des Landkreistages in der Enquetekommission erklärt hat, Fragen nach größeren Kreisen seien von dem Auftrag des Landtages nicht gedeckt, und gefordert hat, die Diskussion zu unterlassen. Das löst einmal mehr die Assoziation aus, die Landräte seien auf dem besten Wege die Rolle der Ritterschaft in der Landespolitik vergangener Jahrhunderte zu übernehmen. Derartige Gebote können auf keinen Fall für die Wissenschaft gelten. Selbst wenn eine solche umfassende Strukturreform nicht kurzfristig denkbar ist, müssen dem Land Wege aufgezeigt werden, wie seine Potentiale besser zu entwickeln und zu nutzen sind. Es darf nicht schweigend übergangen werden, dass in einem und demselben Landtag von denselben Leuten vernünftigerweise über Kostensenkung durch Zusammenlegung von beispielsweise Universitätsinstituten und -kliniken gesprochen und zugleich die Zusammenlegung von Kleinstgemeinden oder leistungsschwachen Landkreisen als Demokratieverlust tabuisiert wird. Wer größere Einheiten als Demokratieverlust verteuelt, muss sich die Frage gefallen lassen, ob seine Konzepte nicht zum Anarchismus führen, dem Gegenteil eines demokratischen Rechtsstaats.

Kultur soll zum Nachdenken anregen. Ich hoffe, dass auch Fragen zur Kulturpolitik zum Nachdenken über die gegenwärtige Struktur des Landes beitragen können.

Anhang

Magisterabsolventen, fertige Magisterarbeiten und weitere Abschlussarbeiten*

- Gunnar Bauer (2002) Transformation und Entwicklung des Hörfunks in Mecklenburg-Vorpommern
- Lars Bauer (2002) Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern
- Holger Braun (2002) Das Hitlerbild in der DDR: Merkmale und Nachwirkungen
- Ingmar Bredies (2002) Kontinuität und Brüche in der ukrainischen Nationalstaatsbildung – eine unvollendete Nation?
- Peggy Christochowitz (1999) Die Europapolitik Frankreichs. Zwischen Vertiefung und Erweiterung
- Susann Galda (2001) Pressetransformation in Ostdeutschland. Aus der Sicht von JournalistInnen
- Anja Havixbrock (2002) Die Auswirkungen wirtschaftlicher Veränderungen auf die gesellschaftliche und politische Situation eines Landes am Beispiel Indonesiens
- Claudia Hermann (2002) Studentengenerationen an der Universität Rostock: Ein Vergleich
- Helvi Jennerjahn (2002) Die Minderheitenfrage im rumänischen Nationalstaat von 1918 bis heute unter besonderer Berücksichtigung der ungarischen, deutschen und jüdischen Minderheit sowie der Roma
- Thekla Kleindienst (2002) Georg Brunner – Studien zu Werk und Person
- Sven Klüsener (1997) Die Sozialdemokratie der DDR am Beispiel Rostocks. Von der Entstehung bis zur Vereinigung zur gesamtdeutschen SPD
- Susanne Kophal (2000) Antisemitismus in Polen von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart
- Daniel Kreusch (2002) Chance oder Teufelskreis? Der Friedensprozess in den Neunzigerjahren in Nordirland
- Matthias Lange (2000) Die St.-Johannis-Kantorei in Rostock in der DDR und im Prozess der Transformation
- Ilka Lochner-Borst (2002) Die Integration von NVA in die Bundeswehr. Das Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ in Laage – ein Beispiel
- Reimer Musall (1999) Trends und Perspektiven der Ostseekooperation

* Die in den 1990er Jahren begutachteten und mitbetreuten Diplom- und Doktorarbeiten des ausgelaufenen Studienganges „Lateinamerikawissenschaften“ wurden hier nicht mit aufgenommen.

- Ute Neumann (2001) Die politische Partizipation und Repräsentation der Frauen in Frankreich
- Christoph Nix (2000) Die Krise des deutschen Flächentarifvertragssystems
- Ute Papenfuß (2002) Region Building im Ostseeraum
- Jörn Pissowotzki (2001) Politischer Symboltausch in Zeitenwenden. Die Straßenumbenennungen in Rostock und Schwerin nach der politischen Wende in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1992
- Sina Plümecke (2001) Bildungsvorstellungen und politische Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990
- Kay Prestin (2002) Politische Rahmenbedingungen und Zwänge beim ökonomischen Entwicklungsprozess im gegenwärtigen Russland
- Ringo Radtke (2001) Die Förderpolitik in den ländlichen Räumen der neuen Länder am Beispiel des Landkreises Nordvorpommern
- René Römer (2002) Die politischen Beziehungen der Hansestadt Rostock im Ostseeraum im 20. und 21. Jahrhundert
- Jörg Sauskat (2001) Verwaltungskraft im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns
- Myriam Schala (2002) Parteien und Wahlen in Ägypten 1990-2000
- Roman Schneider (2002) Der lange Weg in die Europäische Union – Der Prozess des EU-Beitritts am Beispiel der Republik Polen
- Ivonne Schnell (2000) Zur Vorgeschichte der CDU Mecklenburg-Vorpommern: Die CDU unter besonderer Berücksichtigung des Bezirksverbandes Neubrandenburg
- Steffen Schoon (2001) Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlen und Wähler
- Jens Schreiber (2002) Die NATO im Prozess der inneren und äußeren Veränderungen
- René Schröder (2002) Reformprozesse in der Kommunistischen Partei Frankreichs seit der Perestroika
- Katja Schubert (2002) Neopopulisten im Vergleich: Ausgewählte Beispiele
- Katharina Schumacher (2001) Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern – eine „moderne“ Partei?
- Steffi Schwabbauer (2002) Frauen und Kommunalpolitik. Kommunalpolitische Partizipation von Frauen am Beispiel der Stadtvertretung Neubrandenburg und der Bürgerschaft Rostock
- Daniel Selck (2000) Die Werftenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern von der Vereinigung bis 1998

- Kevin Tait (2002) In Stability's Name – The Foreign Policy of the Republic of Uzbekistan and the Uzbek Security Complex
- Thilo Tautz (2000) Zwischen Landes- und Bundespartei: Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns
- Patrick Tiede (2002) Bild des Ausländers in der Regionalpresse
- Mirjam Weiberg (2002) Die neuere Entwicklung in Sri Lanka
- Kathrin Wenzel (2002) Die politischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu Israel am Beispiel der Jüdischen Gemeinden in der BRD und der DDR in den 80er Jahren. Eine Untersuchung anhand ausgewählter Artikel der zentralen Publizistik der Jüdischen Gemeinden
- Arne Wiechmann (2002) UNHCR – Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Promotionen

- Harald David (2002) Die ASEAN zwischen Konflikt, Kooperation und Integration
- Michael Hausin (1999) Staat, Verfassung und Politik aus der Sicht der Evangelikalen Bewegung innerhalb des deutschen Protestantismus
- Reiner Kern (2001) Die Vereinten Nationen und regionale Organisationen zwischen Kooperation und Konkurrenz bei der Regelung gewaltsamer Konflikte. Eine Untersuchung am Beispiel von OSZE und OAU
- Wolfram Friedrich Klein (1996) Der Mercosur. Unternehmer- und Gewerkschaftsverbände im wirtschaftlichen Integrations- und Modernisierungsprozeß
- Bernhard Schmidtbauer (1996) „Im Prinzip Hoffnung“. Die ostdeutschen Bürgerbewegungen und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90. Das Beispiel Rostock
- Wolfram Schulz (1996) Parteiensystem und Wahlverhalten in Venezuela. Eine Analyse der Entwicklung von Wähler- und Parteienstrukturen in einer lateinamerikanischen Demokratie
- Stefan Naumann (2002) Kulturförderungspolitik. Ein systemtheoretischer Ansatz zur Identifikation von Effizienzkriterien beim Vergleich öffentlicher und unternehmens-politisch motivierter Kulturförderung
- Martina Zellmer-Bjick (1999) Canada's Foreign Policy in the Asia Pacific in the 1990s: Determination, Actors and Strategies

Habilitationen

- Christian Wagner (2002) Die ‚verhinderte‘ Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947-1998

Mitarbeiter am Institut^{*}

1. Lehrstuhlinhaber, wissenschaftliche Assistenten und Lehrbeauftragte

1.1 *Lehrstuhlinhaber seit 1993*

Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre:

- Prof. Dr. Nikolaus Werz (seit 1993)

Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit:

- Prof. Dr. Jürgen Rüland (1993-1998)
- Prof. Dr. Jakob Rösel (seit 1999)

Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte:

- Prof. Dr. Yves Bizeul (seit 1995)

1.2 *Wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten bis 2002*

- Dipl.-Math. Sylvia Bethe (1992-31.03.1993)
- Dr. Peter Birle (01.04.1995-31.12.1999)
- Axel Glemser, M.A. (wissenschaftliche Hilfskraft 01.06.-30.06.1999)
- Dipl.-Päd- Gerd Haasmann (1992-14.04.1994)
- Christopher Hiepe, M.A. (01.08.1994-28.02.1995)
- Dr. Michael Jochum (01.01.1995-31.10.1995)
- Dr. Ingvar Sander (01.03.-30.09.1999)
- Jochen Schmidt, M.A. (24.01.1994-31.03.1999)
- Dr. Bernhard Schmidtbauer (1992-31.08.1993)
- Stefan Stork, M.A. (01.04.-31.07.1994)
- Angelika Topan (01.11.1995-31.08.1996)
- Dr. habil. Christian Wagner (01.11.1996-28.02.2001)
- Dr. Martina Zellmer-Bjick (1992-31.08.1998)

^{*} Die Akademischen Titel entsprechen dem Stand Oktober 2002.

- Beate Ziegler, M.A. (1992-30.09.1993)

1.2.1 Derzeitige (WS 02/03) wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten

- Andreas Baumer, M.A. (seit 01.01.2000)
- Dr. Carsten Giersch (seit 15.07.2000)
- Dr. Hans Jörg Hennecke (seit 01.07.1999)
- Dr. Conchita Hübner-Oberdörfer (seit 1992, zugleich Beauftragte für Studium und Lehre seit 1993)
- Thomas Schmitt, M.A. (seit 15.11.2001)

1.3 Lehrbeauftragte bis 2002

- Prof. Dr. John Anderson (2000)
- Dr. Bert Becker (1997, 1998, 1999)
- Dr. Peter Bender (1998, 1999)
- Ass.-jur. Johann-Friedrich Engel (1999, 2000)
- Dipl. Verw. Michael Flenker (2001)
- PD Dr. Christiano German (1992)
- Prof. Dr. Wolfgang Hirsch-Weber (1992)
- Petra Kaisinger, M.A. (2000, 2001)
- Dipl. Theol. Jörn Mothes (2001)
- Prof. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer (1992, 1993)
- StR Frank Petzold (1998, 1999, 2000, 2001)
- Prof. Dr. Wolfgang Pfeiler (1993, 1994)
- Prof. Ph. D. Ann Phillips (1992)
- Jochen Schmidt, M.A. (2001)
- Dr. Peter Schönberger (1993)
- Frank Schröder (1998, 1999)
- Prof. Dr. Winfried Steffani † (1992)
- Prof. Dr. Friedrich Welsch (2000)
- OstR Manfred Wissel (1997)

1.3.1 Derzeitige (WS 02/03) Lehrbeauftragte

- Dipl.-Päd., Dipl.-Ök. Wolfgang Ahner-Tönnis (seit 1999)
- Luise Dumrese MR i. R. (seit 2002)
- Dr. Wolfgang Gieler (seit 2000)
- Dr. Gudrun Heinrich (1999, seit 2001)
- Martina Müller, M.A. (seit 2000)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Schröder (seit 1996)

2. Sekretärinnen seit 1992

- Kirsten Hahn
- Dipl.-Bw. Marion Krull (zugleich Sachbearbeiterin des Instituts seit 1995)

3. Studentische Hilfskräfte bis 2002^{*}

- Lars Bachmann (1995)
- Holger Braun (1996)
- Peggy Christochowitz (1996, 1997)
- Juliane Edler (1997, 1998, 1999)
- Britt Fitzer (1996, 1997, 1998, 1999)
- Simone Gau (1994, 1995, 1996)
- Torsten Hallmann (1996)
- Claudia Hermann (1999)
- Kirsten Hesse (1995)
- Ivo Hilgenfeldt (2001)
- Andreas Hoffmann (2001)
- Maren Jacobs (1993, 1994, 1995, 1996)
- Helvi Jennerjahn (1999, 2000)
- Sven Klüsener (1995, 1996)
- Daniel Kreusch (1997, 1998, 1999)

^{*} Zum Teil mit Projektmitteln.

- Matthias Lange (1995, 1996, 1997, 1998, 1999)
- Constanze Lepler (1995, 1996)
- Matthias Manke (1993, 1994)
- Thoralf Menzlin (1996, 1997)
- Reimer Musall (1996, 1997)
- Ute Neumann (1997, 1998, 2000)
- Ute Papenfuß (2001)
- Jörn Pissowotzki (1994, 1995, 1996)
- Antje Richter (1994)
- Christian Schwießelmann (2000, 2001, 2002)
- Sabine Stridde (1997, 1998, 1999)
- Ricarda Waterstrat (1999, 2000)
- Johannes Weise (1999, 2000)
- Katrin Zschau (2000, 2001, 2002)

*3.1. Derzeitige (WS 02/03) studentische Hilfskräfte **

- Christian Ahnsehl (seit 2000)
- Martin Heinemeyer (seit 2002)
- Christian Kohlhof (seit 2002)
- Arne Lehmann (seit 2001)
- Riccardo Meyer (seit 2002)
- Katrin Möller (seit 2002)
- Jana Müller (seit 1999)
- Robert Schulz (seit 2000)
- Doreen Storbeck (seit 2002)
- Simone Winkens (seit 2002)

4. Mitarbeiter der Bibliothek des Instituts

- Krystina Domnick (01.07.1995-1996)

* Zum Teil mit Projektmitteln.

- Renate Fischer † (Leiterin von 1993-31.12.1996)
- Kerstin Göllnitz (seit 1995)
- Anja Kraak (Leiterin seit 1998)
- Günther Langanki (1997)
- Christa Meier (1997)
- Gesine Meyer (Leiterin von 1997-1998)
- Heiderose Qualmann (17.10.1995-31.12.1996)

4.1 Studentische Hilfskräfte der Bibliothek des Instituts

- Thomas Brückner (1997, 1998)
- Heike Habeck (1995, 1996)
- Maren Jacobs (1995)
- Thekla Kleindienst (2000-2002)
- Steffie Lindemann (1998, 1999, 2000, 2001)
- Anja Lingsminat (1997, 1998)
- Sandra Matk (1999, 2000)
- Antje Richter (1995)
- Antje Salz (1998, 1999, 2000)
- Simone Winkens (seit 2002)

5. Institutssprecher

- Kommissarisch bis 30.09.1993:
Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer
- 01.10.1993 bis 30.09.1994:
Prof. Dr. Jürgen Rüland
- 01.10.1994 bis 30.09.1995:
Prof. Dr. Nikolaus Werz
- 01.10.1995 bis 30.09.1996
Prof. Dr. Jürgen Rüland
- 01.10.1996 bis 30.09.1997
Prof. Dr. Yves Bizeul

- 01.10.1997 bis 30.09.1998
Prof. Dr. Nikolaus Werz
- 01.10.1998 bis 30.09.1999
Prof. Dr. Yves Bizeul
- 01.10.1999 bis 30.09.2000
Prof. Dr. Nikolaus Werz
- 01.10.2000 bis 30.09.2001
Prof. Dr. Jakob Rösel
- 01.10.2001 bis 31.03.03
Prof. Dr. Yves Bizeul

6. Akademische Selbstverwaltung und Mitarbeit in Gremien

Prof. Dr. Yves Bizeul

- 1998-1999 Mitglied des Konzils der Universität
- seit 01.10.1999 Mitglied der Lehrerbildungskommission der Universität
- seit 01.10.2001 Mitglied des Fakultätsrats der WiSo-Fakultät

Prof. Dr. Jürgen Rüland

- 1994-1998 Mitglied des Fakultätsrats der WiSo-Fakultät
- 1995-1998 Mitglied der Senatskommission für internationale Zusammenarbeit

Prof. Dr. Nikolaus Werz

- 1994-1995 Mitglied des Konzils der Universität
- 1996-1998 Mitglied des Fakultätsrats der WiSo-Fakultät
- 01.10.1996-30.09.1997 Dekan der WiSo-Fakultät

Bilder vom Festakt*



Prof. Yves Bizeul



Prof. Dieter Oberndörfer

* Photos: AVM 2



V.l.n.r.: Katharina Schumacher, Jörn Pissowotzki, Prof. Jakob Rösel, Prof. Dieter Oberndörfer und Bernd Schuster während der Podiumsdiskussion.



V.l.n.r.: Prof. Günther Wildenhain und Prof. Martin Heilmann bei der Vergabe der Ehrenpromotion an Prof. Schröder.



Im Vordergrund: Prof. Werz.

Die Autoren

Yves Bizeul, Prof. Dr., Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock

Dieter Oberndörfer, Prof. Dr. Dr. h.c., Emeritus der Universität Freiburg, Vorsitzender des Rates für Migration, Vorstandsvorsitzender des Arnold-Bergstresser-Instituts e.V.

Jakob Rösel, Prof. Dr., Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock

Dieter Schröder, Prof. Dr. Dr. h.c., Staatssekretär a.D., Oberbürgermeister a.D. der Hansestadt Rostock, Lehrbeauftragter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock

Bernd Schuster, Honorarkonsul Dänemarks und Vorstandsmitglied der NORD/LB

Nikolaus Werz, Prof. Dr., Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“:

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüland, 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. - 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle / Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin / Gerald Braun / Jürgen Rüland, 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüland, 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz / Jochen Schmidt, 1996)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner, 1997)
- Heft 8** Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern
(Conchita Hübner, 1997)
- Heft 9** Canada's Asia Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit 1997
(Martina Zellmer-Bjick, 1997)
- Heft 10** Vom Feindbild zur Armee der Einheit - Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten
(Falko Brinner / Michael Storck, 1998)
- Heft 11** Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern
(Johann-Friedrich Engel, 1999)
- Heft 12** Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela
(Friedrich Welsch / Nikolaus Werz, 1999)
- Heft 13** Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand
(Yves Bizeul / Matthias Schulz, 2000)
- Heft 14** Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990
(Conchita Hübner-Oberndörfer, 2001)
- Heft 15** Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
(Nikolaus Werz u.a., 2001)
- Heft 16** Peripherer ländlicher Raum, zum Beispiel der Landkreis Demmin
(Dieter Schröder u.a., 2002)